



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

42. Jahrgang

Heft 9

September 1990

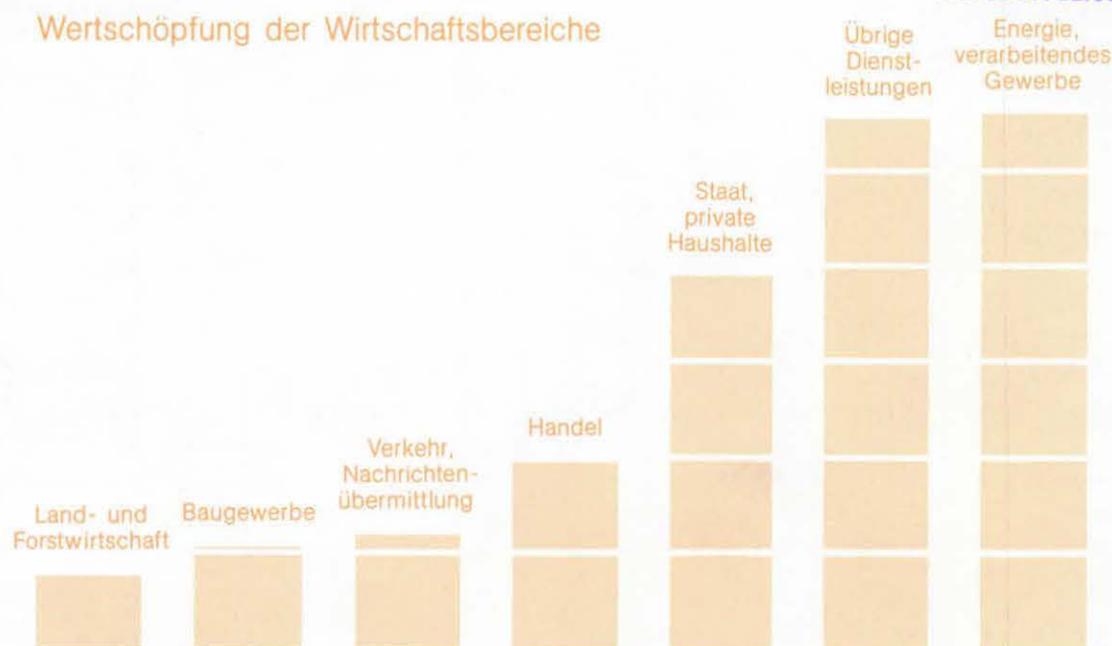
Grafik des Monats: Bauhauptgewerbe

Aufsätze: Arbeitnehmereinkommen 1986 und ihre Besteuerung
Schleswig-Holstein auch im Winter immer attraktiver

Kurzberichte: Vermögensteuer 1986
Konjunkturklima im verarbeitenden Gewerbe

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe 1					
		Juli 1990		Januar bis Juli 1990	
Beschäftigte	1 000	178	+ 4,7	175	+ 4,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	15	+ 2,6	16	+ 3,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	694	+ 13,2	657	+ 9,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 608	+ 12,8	3 534	+ 8,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 894	+ 18,8	2 707	+ 9,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	713	- 6,2	827	+ 4,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 097	+ 5,6	2 150	+ 2,1
aus dem Inland	Mill. DM	1 492	+ 11,5	1 433	+ 1,9
aus dem Ausland	Mill. DM	605	- 6,7	717	+ 2,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe 2					
Beschäftigte	1 000	41	+ 1,7	40	+ 1,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	+ 2,6	4	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	135	+ 12,4	117	+ 9,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	492	+ 16,3	379	+ 11,3
Auftragseingang ³	Mill. DM	276	+ 7,3	268	+ 21,0
Baugenehmigungen 4					
Wohnbau	Wohnungen	1 052	+ 54,5	966	+ 52,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	746	+ 11,2	588	+ 28,1
Einzelhandel					
		Juni 1990		Januar bis Juni 1990	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	125,1	+ 6,6	118,9	+ 7,8
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	138,7	+ 6,2	103,4	+ 2,6
Fremdenverkehr 5					
Ankünfte	1 000	453	+ 14,3	268	+ 8,7
Übernachtungen	1 000	2 550	+ 18,5	1 263	+ 10,1
Arbeitsmarkt					
		Juli 1990		Januar bis Juli 1990	
Arbeitslose	Anzahl	89 379	- 6,3	100 570	- 4,6
Außenhandel					
		Mai 1990		Januar bis Mai 1990	
Ausfuhr	Mill. DM	1 132,9	+ 13,3	1 051,2	+ 1,7
Kredite 6					
		Juni 1990		Januar bis Juni 1990	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	10 422	+ 12,5	9 861	+ 11,4
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	52 281	+ 2,7	52 095	+ 3,1

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 9/90

	Seite
Aktuelle Auslese	191
Aufsätze	
Die Arbeitnehmereinkommen 1986 und ihre Besteuerung	192
Schleswig-Holstein auch im Winter immer attraktiver	202
Kurzberichte	
Vermögensteuer 1986	206
Weiterhin gutes Konjunkturklima im verarbeitenden Gewerbe	207
Grafik des Monats	198
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 4/1990
Schleswig-Holstein im Jahre 1989
- Heft 5/1990
Kommunalwahl 1990
Beheizung der Wohnungen 1987
Schafhaltung in Schleswig-Holstein
- Heft 6/1990
Eine Landgemeinde im Wandel
Die erzieherischen Einzelhilfen
in der Jugendhilfestatistik 1988
- Heft 7/1990
Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- Heft 8/1990
Kommunalwahl 1990 (Teil 2)
Bevölkerung und Erwerbsquoten 1970 und 1987

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Geburtsziffern 1988	1/17
Bevölkerung und Erwerbsquoten 1970 und 1987	8/173
Wahlen	
Kommunalwahl 1990	5/104
Kommunalwahl 1990 (Teil 2)	8/169
Erwerbstätigkeit	
Pendler 1987	1/14
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Schafhaltung in Schleswig-Holstein	5/116
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Unternehmen und Beschäftigte 1987	1/ 5
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe kräftig belebt	1/16
Verarbeitendes Gewerbe 1988:	
Investitionsquote leicht gesunken	3/63
Konjunkturklima im verarbeitenden Gewerbe	9/207
Handel und Gastgewerbe	
Schleswig-Holstein auch im Winter immer attraktiver ...	9/202
Verkehr	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen	3/44
Öffentliche Sozialleistungen	
Erzieherische Einzelhilfen in der Jugendhilfestatistik 1988	6/133
Öffentliche Finanzen	
Vermögensteuer 1986	9/206
Preise	
Die Preisindizes für die Lebenshaltung	2/24
Löhne und Gehälter	
Arbeitnehmereinkommen 1986 und ihre Besteuerung ..	9/192
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	2/36
Die Einkommen in den Kreisen aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	3/44
Zu Methoden und Problemen regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	7/148
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1989	4/67
Beheizung der Wohnungen 1987	5/111
Eine Landgemeinde im Wandel	6/128



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

42. Jahrgang

Heft 9

September 1990

Aktuelle Auslese

Starker Bevölkerungszuwachs



Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins nahm im Jahre 1989 um 30 041 Einwohner (+ 1,2 %) auf 2 594 606 zu. Dieser Zuwachs entspricht etwa der Größe der Städte Rendsburg oder Wedel. Eine ähnliche Größenordnung war bisher nur 1971 erreicht worden (fast 33 000).

1989 wurden 27 377 Kinder geboren. Gegenüber dem Vorjahr waren dies nur 67 mehr. Mit 30 546 starben 122 Einwohner mehr als 1988. Aus Geborenen und Gestorbenen ergab sich — nahezu unverändert — ein Überschuss der Gestorbenen von 3 169 Personen.

Die wieder negative Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung des vergangenen Jahres wurde um ein Vielfaches durch die Wanderungen kompensiert. 1989 zogen 92 060 Personen nach Schleswig-Holstein — über ein Drittel mehr als 1988 —, und 58 850 Personen verließen das Land — 6 % mehr als 1988. Dies bedeutet einen Rekordwanderungsgewinn von 33 210. Abgesehen von den kriegsbedingten Flüchtlingszuwanderungen war ein so hoher Wanderungsgewinn in der Vergangenheit noch nicht festgestellt worden.

Die Rekordzahl ergab sich aus positiven Wanderungssalden von nicht ganz 15 000 Personen gegenüber der DDR, 9 000 gegenüber dem übrigen Bundesgebiet und nicht ganz 10 000 gegenüber dem Ausland.

Die Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1990



Im ersten Halbjahr 1990 waren im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins durchschnittlich 39 674 Personen beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Zuwachs von 1,5 %. Mit 40 617 Beschäftigten wurde im Juni der höchste Beschäftigungsstand erreicht, das sind 0,6 % mehr als im Juni 1989.

Als Folge der günstigen konjunkturellen Entwicklung zeigen sich die Auftragsbücher der Betriebe des Bauhauptgewerbes zur Jahreshälfte gut gefüllt. Der Wert der in den ersten sechs Monaten 1990 entgegengenommenen Aufträge beträgt 1,6 Mrd. DM und ist damit um 24 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Steigerungen bei den Auftragseingängen im Wohnungsbau um 34 %, beim öffentlichen und Verkehrsbau um 35 % und im Wirtschaftsbau um 2 % versprechen eine weiterhin positive Entwicklung der Bauwirtschaft.

Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohngebäuden ist im ersten Halbjahr 1990 mit 5 680 gegenüber dem Vorjahr um 53 % gestiegen. Von den erteilten Baugenehmigungen entfallen 2 720 auf Wohnungen in Einfamilienhäusern (+ 21 %), 716 auf Wohnungen in Zweifamilienhäusern (+ 47 %) und 2 244 auf Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+ 129 %).



110 000 Wohngeldempfänger

Am 31. Dezember 1989 erhielten annähernd 110 100 Haushalte in Schleswig-Holstein Wohngeld, im Vergleich zum Vorjahr sind dieses rd. 2 800 (2,5 %) Haushalte weniger. An 96 500 Haushalte wurde das Wohngeld in Form eines Mietzuschusses gezahlt, 13 500 Eigentümerinnen und Eigentümer eines Hauses oder einer Wohnung erhielten Wohngeld als Lastenzuschuß.

Wohngeld wird je zur Hälfte vom Land und vom Bund gezahlt. 1989 betrug die Gesamtausgaben in Schleswig-Holstein 240 Mill. DM und lagen damit um 0,9 % über denen des Vorjahres. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch lag 1989 mit 162 DM um 2 DM höher als 1988.

Die mit 31 % größte Gruppe der Wohngeldbeziehenden Haushalte war auch 1989 die, in denen der Haushaltsvorstand sich im Ruhestand befindet. 25 % der Haushaltsvorstände waren erwerbstätig, 15 % arbeitslos, und 27 % waren sonstige Nichterwerbstätige.

31 500 der Haushaltsvorstände, die Wohngeld bezogen, erhielten gleichzeitig Leistungen aus der Sozialhilfe.

Die Arbeitnehmereinkommen 1986 und ihre Besteuerung

Das Steuersystem ist im Kern so konstruiert, daß die Einnahmen aus der Einkommensteuer etwas rascher als das nominale Bruttosozialprodukt zunehmen, da immer mehr Erwerbstätige mit ihren Einkommen in die Progressionszone hineinwachsen. Bei zunehmender Beschäftigung und höheren Effektivlöhnen zeigt insbesondere die Lohnsteuer ihre Aufkommensdynamik. Deshalb ist sie auch mit einem Drittel des gesamten Steueraufkommens auf Bundesebene nach wie vor die ergiebigste Einnahmequelle des Staates.

Den Anstieg des Lohnsteueraufkommens im Verhältnis zum Anstieg der Löhne und Gehälter nennt man Aufkommenselastizität. Die Aufkommenselastizität, die vor den Steuerreformen 1986/1990 etwa 1,9 betrug, wird nach Berechnungen des DIW für die erste Hälfte der 90er Jahre mit 1,7 nur wenig geringer sein. Der Staat kann also auch in Zukunft mit stark überproportional steigenden Lohnsteuereinnahmen rechnen: Nehmen beispielsweise nach dem DIW-Modell die Löhne um 6 % zu, so fällt das Lohnsteueraufkommen um gut 10 % höher aus.¹

Um die infolge der Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs hervorgerufene wachsende Steuerbelastung zu mildern, wurden in zeitlichen Abständen Steuersenkungsprogramme durchgeführt. Diese Steuerrechtsänderungen müssen bei statistischen Analysen des Geschehens in der Vergangenheit stets berücksichtigt werden.

Die Statistiken über die Steuern vom Einkommen (Lohnsteuerstatistik, Einkommensteuerstatistik, Körperschaftsteuerstatistik) sind in erster Linie auf die Darstellung struktureller Zusammenhänge und ihrer Veränderungen ausgerichtet. Maßgebend für die Gestaltung sind daher primär finanzwirtschaftliche und steuerrechtliche Überlegungen.

Der gesetzlich vorgeschriebene dreijährige Erhebungszyklus und die relativ großen Zeitspannen, die für die Einkommensteuerveranlagung eingeräumt werden und zwangsläufig eine entsprechende Verzögerung in der Vorlage der statistischen Ergebnisse zur Folge haben, verhindern aktuelle Analysen. Trotzdem bilden die Steuern vom Einkommen eine der wichtigsten Materialquellen für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und

andere gesamtwirtschaftliche Analysen, weil bei dem hohen Finanzbedarf des modernen Staates das Steuersystem eine breite Basis hat und die Besteuerung primär an ökonomischen Tatbeständen ansetzt. Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Leistungserstellung werden damit umfassend wiedergegeben, und sie repräsentieren gleichzeitig wesentliche Aggregate des Wirtschaftskreislaufs.

Die hier vorgelegten Ergebnisse sind auf der von der Finanzverwaltung in anonymisierter Form zur Verfügung gestellten Datenbasis erstellt worden. Sie beziehen sich aus erhebungstechnischen Gründen nur auf die Besteuerung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer. Die Zweiteilung der einkommensbezogenen Besteuerung in Lohnsteuer einerseits und Einkommensteuer andererseits ist die Folge unterschiedlicher Antrags- und Erklärungsfristen und somit der entsprechend zeitversetzten Veranlagungsarbeiten in den Finanzämtern.

Die Tatsache, daß die nichtselbständige Arbeit unter den im Einkommensteuerrecht definierten sieben Einkunftsarten eine ganz dominierende Rolle spielt und es sich darüber hinaus — wenn auch in der Abgrenzung nach Kriterien des Steuerrechts — um eine Totalerhebung aller abhängig Beschäftigten handelt, rechtfertigt eine Vorabanalyse dieser Teilergebnisse aus dem Bereich der Einkommensbesteuerung.

Ein paar Beispiele für die Verwendung der Lohnsteuerstatistik-Ergebnisse sollen genannt werden:

1. Kontrolle über Struktur und Wirkungsweise der personellen Einkommensbesteuerung im Rahmen der Finanz- und Steuerpolitik
2. Schätzbasis für das zu erwartende finanzielle Ergebnis der aufkommenstärksten Steuer überhaupt
3. Basis für die Berechnung der Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
4. Grundlage für die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer sowie für die Zerlegung der nicht von den Wohnsitzländern vereinnahmten Lohnsteuerbeträge
5. Grundlage für Analysen nach der sozialen Stellung, Familienstand und Geschlecht der Arbeitnehmer.

In die Lohnsteuerstatistik einbezogen sind alle Steuerpflichtigen, die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

1) Wochenbericht 18/90 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, S. 248

erzielt haben. Ausgewiesen werden unter anderem die Bruttolöhne der Arbeitnehmer, und zwar ohne Kürzungen um steuermindernde Beiträge wie Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag oder die steuerfreien Teile von Versorgungsbezügen; die vermögenswirksamen Leistungen sind mit bestimmten Einschränkungen ebenfalls im Bruttolohn enthalten.

Die Zahl der Steuerpflichtigen und die Zahl der steuerlich erfaßten Personen ist nicht identisch, da — der steuerrechtlichen Praxis entsprechend — Ehegatten, die beide in einem beschäftigungsabhängigen Dienstverhältnis stehen und zusammen veranlagt worden sind, als ein Steuerpflichtiger gezählt werden. Läßt man diese Besonderheit der Zählweise außer acht, so spricht man von Lohnsteuerfällen. Diese lohnsteuerpflichtigen Personen bzw. Arbeitnehmer entsprechen einfach der Zahl der ausgewerteten Lohnsteuerkarten der Steuerklassen I bis V. Arbeitnehmer sind gemäß § 1 Abs. 1 Lohnsteuerdurchführungsverordnung alle Personen, die im öffentlichen oder privaten Dienst tätig sind oder waren und aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen. Auch die Rechtsnachfolger dieser Personen sind Arbeitnehmer, soweit sie Zahlungen aus dem früheren Dienstverhältnis ihres Rechtsvorgängers erhalten.

Für eine weitgehend vollzählige Erfassung waren mehrere Materialteile aufzubereiten. Neben den Datenträgern aus dem maschinell durchgeführten Lohnsteuerjahresausgleich und den maschinell vorgenommenen Arbeitnehmerveranlagungen standen für Lohnsteuerpflichtige, die nicht zur Einkommensteuer zu veranlagten waren und keinen Antrag auf einen Lohnsteuerjahresausgleich gestellt hatten oder — in geringerem Umfang — für die der Jahresausgleich manuell durchgeführt wurde, Lohnsteuerkarten für die Auswertung zur Verfügung. Eine gewisse Untererfassung insbesondere bei Fällen ohne einen Jahresausgleich ist dabei nicht ganz auszuschließen, da davon ausgegangen werden muß, daß trotz Vorliegen eines lohnsteuerpflichtigen Tatbestandes und der Vorschrift, die Lohnsteuerkarten beim Finanzamt einzureichen, nicht restlos alle Belege vom Arbeitgeber bzw. Steuerpflichtigen auch abgegeben wurden. Zudem fehlen in der Lohnsteuerstatistik gänzlich die Pauschalbesteuerten, für die — in der Regel — wegen eines geringen Umfangs der Beschäftigung und eines geringeren Arbeitslohns vom Arbeitgeber keine Lohnsteuerbescheinigungen ausgestellt waren.

Als Lohnsteuer wird in Fällen des maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der maschinellen Einkommensteuer-Veranlagung von Arbeitnehmern mit

ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit grundsätzlich die vom Finanzamt festgesetzte Jahreslohnsteuer bzw. Einkommensteuer nachgewiesen. In den übrigen Fällen wird die auf der Lohnsteuerkarte eingetragene einbehaltene Lohnsteuer erfaßt, wobei die im sogenannten Arbeitgeber-Jahresausgleich und die vom Finanzamt im manuellen Lohnsteuer-Jahresausgleich erstatteten Beträge berücksichtigt sind.

Die Durchführung des Lohnsteuerabzugs erfolgt nach den im Gesetz festgelegten Steuerklassen; danach gelten die Steuerklassen I und II grundsätzlich für alleinstehende, die Steuerklassen III bis V grundsätzlich für verheiratete Arbeitnehmer. Soweit mehr als eine Lohnsteuerkarte für einen Arbeitnehmer ausgestellt worden ist (Steuerklasse VI), sind die dort enthaltenen Beträge ebenfalls erfaßt.

Steuerpflichtige, Steuerfälle, Bruttolohn und Lohnsteuer

	1977	1980	1983	1986
Steuerpflichtige in 1 000	787	850	873	902
Steuerfälle in 1 000	969	1 040	1 054	1 080
Bruttolohn in Mill. DM	22 003	27 921	31 405	34 844
Lohnsteuer in Mill. DM	3 305	4 072	4 814	5 432
Bruttolohn je Steuerfall in DM	22 712	26 846	29 808	32 265
Lohnsteuer je Steuerfall in DM	3 412	3 915	4 569	5 030
Steuerbelastung (Jahreslohnsteuer in % des Bruttolohnes)	15,0	14,6	15,3	15,8
	Veränderung gegenüber der vorherigen Erhebung (Dreijahresrhythmus) in %			
Steuerpflichtige	- 4,8	+ 8,0	+ 2,8	+ 3,3
Steuerfälle	- 4,2	+ 7,3	+ 1,3	+ 2,5
Bruttolohn	+ 15,2	+ 26,9	+ 12,5	+ 11,0
Lohnsteuer	+ 18,8	+ 23,2	+ 18,2	+ 12,8
Bruttolohn je Steuerfall	+ 20,4	+ 18,2	+ 11,0	+ 8,2
Lohnsteuer je Steuerfall	+ 24,1	+ 14,7	+ 16,7	+ 10,1

Betrachtet man die Entwicklung in Schleswig-Holstein zwischen 1977 und 1986, so ist die Zahl der Steuerpflichtigen zwischen 1977 und 1980 um 8,0 %, zwischen 1980 und 1983 um 2,8 % und zwischen 1983 und 1986 um nochmals 3,3 % gestiegen. Ähnlich entwickelte sich die Zahl der Steuerfälle bzw. der lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer, wenn auch auf einem etwas niedrigeren Niveau. Die am Anfang erwähnte Aufkommensdynamik der Lohnsteuer zeigt sich insbesondere bei der Entwicklung der Bruttolöhne und der Lohnsteuer. Die prozentualen Zuwächse im jeweiligen Dreijahreszeitraum zeigen, daß mit Ausnahme des Zeitraums 1977 bis 1980 die Lohnsteuer schneller steigt als die Bruttolöhne, d. h. mit anderen Worten, daß die Steuerschere nach 1980 sich wieder geöffnet hat.

Setzt man die Lohnsteuer ins Verhältnis zum Brutto-lohn, so erhält man die Steuerbelastung. Sie betrug je Fall 1977 15,0 %, 1980 nur 14,6 %, 1983 15,3 % und — 1986 trotz der ersten Stufe des Steuerreformpakets — 15,6 %.

Die Sonderentwicklung zwischen 1977 und 1980 ist auf größere Steuerrechtsänderungen zurückzuführen. So wurden ab 1980 Aufwandsentschädigungen für nebenberufliche Übungsleiter usw. im Dienst einer öffentlich-rechtlichen oder gemeinnützigen Körperschaft bis zu 2 400 DM von der Besteuerung ausgenommen, die Steuerbefreiung für Trinkgelder von 600 DM auf 1 200 DM angehoben, der Weihnachtsfreibetrag von 400 DM auf 600 DM erhöht, im Bereich der Sonderausgaben die Absetzung von Unterhaltsleistungen bis zu 9 000 DM möglich, der Spendenhöchstbetrag für bestimmte kulturelle Zwecke ausgedehnt, die Abzugsfähigkeit der Spenden und Beiträge an politische Parteien erhöht, die Höchstgrenzen für abzugsfähige Vorsorgeaufwendungen angehoben. Bei den außergewöhnlichen Belastungen wurden beispielsweise die Höchstbeträge für Aufwendungen zur Unterstützung bedürftiger Angehöriger angehoben, ein Unterhaltsfreibetrag für nicht dem Steuerpflichtigen zuzuordnende Kinder, Geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten eingeführt, Freibeträge wegen Beschäftigung einer Haushaltshilfe angehoben und die Abzugsfähigkeit von Aufwendungen wegen Beaufsichtigung oder Betreuung von minderjährigen Kindern eingeführt. Außerdem wurde 1980 allen Steuerpflichtigen ein allgemeiner Tariffreibetrag von 510 DM (Besteuerung nach der Grundtabelle) bzw. 1 020 DM (Besteuerung nach der Splitting-Tabelle) gewährt.

Diese Rechtsänderungen hatten zur Folge, daß zwischen 1977 und 1980 trotz einer Zunahme des Brutto-lohns um fast 27 % und der Anzahl der Steuerpflichtigen um 8 % bzw. der Steuerfälle um 7,3 % der Lohnsteuerzuwachs nur 23,2 % betrug. Entsprechend sank auch die Steuerbelastung auf 14,6 %.

Ähnliches ergibt der Vergleich der Zuwachsraten der Lohnsteuer und des Brutto-lohns je Steuerfall.

Von Interesse ist auch die Gliederung der Steuerpflichtigen nach Größenklassen des Brutto-lohns. Die Tatsache, daß immer mehr Arbeitnehmer im Laufe der Jahre in höhere Brutto-lohngruppen hineingewachsen sind, ist zunächst vor allem die Folge eines insgesamt ange-stiegenen Lohn- und Gehaltsniveaus. Da dies nominell bestimmt ist, sagt die Zuordnung eines Steuerpflichtigen zu einer der Größenklassen des Brutto-lohns allerdings nur bedingt etwas über dessen reale persönliche

Einkommenssituation aus. Die Zahl der Kleinstverdie-ner mit durchschnittlichen Brutto-lohnen von weniger als 12 000 DM ist seit 1977 relativ konstant. Der Anteil ging von 1977 von 21 % auf 19 % im Jahre 1986 zu-rück. In der Größenklasse von 12 000 DM bis unter 25 000 DM Jahresbrutto-lohn sind die prozentualen An-teile von 26 % auf 16 % und in der Größenklasse von 25 000 DM bis unter 50 000 DM entsprechend von 42 % auf 37 % zurückgegangen. Zunahmen verzeich-nen dagegen die Brutto-lohngrößenklassen von 50 000 DM und mehr. Wobei nicht zu vergessen sei, daß Ehegatten mit beiderseitigem Brutto-lohn einen Steuerpflichtigen bilden. Waren 1977 in dieser Größen-klasse 87 322 Steuerpflichtige mit einem Anteil von 11 %, so sind es 1986 bereits 252 370 mit einem Anteil von 28 % an allen Steuerpflichtigen.

Steuerpflichtige nach der Höhe des Brutto-lohns 1977 bis 1986

Jahr	Steuer- pflich- tige	Davon mit einem Brutto-lohn von ... DM							
		unter 12 000		12 000 bis unter 25 000		25 000 bis unter 50 000		50 000 und mehr	
		Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
1977	787 100	169	21	203	26	328	42	87	11
1980	849 812	170	20	163	19	351	41	165	19
1983	873 234	175	20	144	17	340	39	214	24
1986	901 753	176	19	144	16	330	37	252	28

1986 sind in die Aufbereitung der Lohnsteuerstatistik 901 753 Steuerpflichtige mit Brutto-lohnen von ins-gesamt 34,8 Mrd. DM einbezogen worden. Gegenüber dem vergleichbaren Statistikjahr 1983 waren das 3,3 % Steuerpflichtige mehr mit um durchschnittlich 11 % hö-heren Brutto-lohnen. Steuerlich belastet wurden 83,8 % aller Steuerpflichtigen. Mit anderen Worten, 16,2 % al-ler Steuerpflichtigen waren mit der auf sie entfallenden Lohn- und Gehaltssumme von 853 Mill. DM nicht durch Lohnsteuer belastet. Daß dieser Wert etwas höher ist als 1983 (15,5 %), hängt zweifellos mit Steuerrechtsän-derungen zusammen, die in der ersten Stufe der Steu-erreform mit Wirkung ab 1986 entsprechende Ent-lastungen für die Steuerpflichtigen gebracht haben. So sind zum Beispiel die Grundfreibeträge bei Ledigen um 324 DM auf 4 536 DM, bei Verheirateten entsprechend auf 9 072 DM und der Haushaltsfreibetrag ebenfalls auf 4 546 DM angehoben worden. Hinzu kamen die Erhö-hung des Kinderfreibetrages auf 2 484 DM je Kind und anderes mehr.

Trotz der Entlastungen ist das Steueraufkommen aus nichtselbständiger Arbeit kräftig gestiegen. Die Gründe liegen einmal in der weiter verbesserten Beschäfti-gungssituation und der am Anfang erwähnten Aufkom-

menselastizität. Denn bei einer Zunahme der Nominal-löhne setzt infolge des Progressionseffekts des Steuer-tarifs laufend eine versteckte Erhöhung der Lohn-steuer ein, ohne daß die Realeinkommen der Steuer-pflichtigen in gleichem Maße steigen.

Über die Hälfte der Arbeitnehmer werden zur Einkommensteuer veranlagt

Im Jahre 1986 sind bereits 54,7 % der steuerpflichtigen Arbeitnehmer in Einkommensbereiche gelangt, für die das Steuerrecht eine Veranlagung zur Einkommensteuer vorschreibt. 1983 waren es erst 48,9 % gewesen, eine Folge der seit vielen Jahren unveränderten Veranlagungsgrenzen, die erst in der dritten Stufe der Steuerreform (ab 1990) heraufgesetzt werden. Diese seit Jahren zu beobachtende Umschichtung von Steuerfällen mit Lohnsteuerjahresausgleich zu den Arbeitnehmerveranlagungen wird damit bestätigt. Ein weiterer Grund für diese Entwicklung dürfte sein, daß die unselbständige Arbeit häufiger als früher nicht die einzige Einkunftsart ist, sondern z. B. Hausbesitz und Erträge aus Kapitalvermögen die Veranlagung erfordern. Zur Bruttolohnsumme und dem entsprechenden Lohnsteuervolumen trugen die Arbeitnehmerveranlagungsfälle mit 74,9 % bzw. 85,2 % dominierend bei (1983: 68,1 % bzw. 78,9 %). Entsprechend liegt bei diesen Fällen der durchschnittlich erzielte Lohn gut doppelt so hoch wie bei den Steuerpflichtigen, für die ein Lohnsteuerjahresausgleich durchgeführt wurde. Eine der Zahl und vor allem dem Einkommen nach kleine Gruppe dagegen stellen die übrigen Lohnsteuerfälle

dar (in der Mehrzahl Kleinstverdiener, Teilzeitbeschäftigte oder vorübergehend Beschäftigungslose, aber auch Versorgungsempfänger) mit einem Bruttolohnanteil von 2,8 % bzw. Lohnsteueranteil von 1,3 %.

Die Steuerbelastung, d. h. die Lohnsteuer in Prozent des Bruttolohns, beträgt bei den maschinell veranlagten Arbeitnehmern 17,7 %, bei den Lohnsteuerjahresausgleichsfällen 9,5 % und bei den übrigen Lohnsteuerfällen nur 7,0 %. Insgesamt ergibt sich eine durchschnittliche Steuerbelastung je Lohnsteuerpflichtigen von 15,6 % (1983: 15,3 %).

Starke Zunahmen in den oberen Bruttolohngruppen

Wie bereits unterstrichen, ist die Tatsache, daß immer mehr Arbeitnehmer im Laufe der Jahre in höhere Bruttolohngruppen hineinwachsen, vor allem die Folge eines insgesamt angestiegenen Lohn- und Gehaltsniveaus. Im folgenden soll die Verteilung der Steuerpflichtigen nach ihrem Bruttolohn für 1986 detaillierter beschrieben werden.

Die auf die unteren Bruttolohngruppen entfallenden Anteile der Steuerpflichtigen sind deutlich größer als die Anteile an der Lohnsumme. So erreichen die Kleinstverdiener mit Bruttolöhnen unter 12 000 DM (das sind 19,5 % aller Lohnsteuerpflichtigen) nur 2,7 % der gesamten Bruttolohnsumme. Die Rückgänge in den Größenklassen zwischen 20 000 und 40 000 DM Jahresbruttolohn gegenüber 1983 schlagen sich entsprechend in den Zuwächsen der nächsthöheren Bruttolohngruppen nieder. Der durchschnittliche Bruttolohn betrug 1986 38 640 DM. Die Bruttolohngrößenklasse 36 000 bis unter 40 000 DM, in der sich der Durchschnittsbruttolohn befindet, umfaßte 6,5 % der Steuerpflichtigen. Bruttolöhne von über 40 000 DM erzielten rund 40,3 % der Steuerpflichtigen, während in den Bruttolohngrößenklassen bis unter 36 000 DM 53,2 % der Steuerpflichtigen lagen. Bezieht man in diese Betrachtung den Bruttolohn und die Jahreslohnsteuer ein, so kann mit anderen Worten gesagt werden, daß auf die Bruttolöhne bis 36 000 DM zwar 53,2 % der Steuerpflichtigen, aber nur 24,4 % der Bruttolohnsumme und 14,6 % der Lohnsteuer entfielen und im oberen Bereich ab 40 000 DM nur 40,3 % der Steuerpflichtigen 69,2 % der Bruttolohnsumme und 80,2 % der einbehaltenen Lohnsteuer auf sich vereinigten. Zur Größenklasse 36 000 bis unter 40 000 DM gehörten 6,5 % der Steuerpflichtigen mit 6,4 % des Bruttolohnes und 5,2 % der Lohnsteuer.

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer 1986 nach Art der Erfassung

Merkmal	Art der Erfassung			insgesamt
	Arbeitnehmer-Veranlagung	Lohnsteuer-jahres-ausgleich	übrige	
Lohnsteuerpflichtige				
Anzahl	492 901	314 767	94 085	901 753
Anteil in %	54,7	34,9	10,4	100
dagegen 1983 (%)	48,9	38,9	12,3	100
Bruttolohn				
Mill. DM	26 101	7 759	984	34 844
Anteil in %	74,9	22,3	2,8	100
dagegen 1983 (%)	68,1	28,3	3,6	100
Lohnsteuer				
Mill. DM	4 627	736	69	5 432
Anteil in %	85,2	13,5	1,3	100
dagegen 1983 (%)	78,9	19,3	1,8	100
Durchschnittliche(r)				
Bruttolohn (DM)	52 954	24 650	10 457	38 640
Lohnsteuer (DM)	9 387	2 338	735	6 024
Steuerbelastung (%)	17,7	9,5	7,0	15,6

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer 1986 nach Bruttolohngruppen

Bruttolohngruppe von ... bis unter ... DM	Lohnsteuerpflichtige			Bruttolohn			Jahreslohnsteuer			Steuerbelastung ¹⁾	
	Anzahl	%	Veränderung gegenüber 1983 in %	Mill. DM	%	Veränderung gegenüber 1983 in %	Mill. DM	%	Veränderung gegenüber 1983 in %	1983	1986
										in %	
1 - 2 400	46 049	5,1	- 5,1	56	0,2	- 3,9	0	0,0	+ 5,9	0,5	0,6
2 400 - 7 200	71 298	7,9	- 1,3	326	0,9	- 0,1	3	0,1	- 12,9	1,1	1,0
7 200 - 12 000	58 413	6,5	+ 7,3	556	1,6	+ 7,9	15	0,3	- 11,0	3,3	2,7
12 000 - 16 000	45 592	5,1	+ 4,2	636	1,8	+ 4,5	32	0,6	- 5,5	5,5	5,0
16 000 - 20 000	41 784	4,6	+ 1,0	753	2,2	+ 1,2	52	1,0	- 7,7	7,6	7,0
20 000 - 30 000	125 076	13,9	- 7,5	3 165	9,1	- 7,8	326	6,0	- 12,8	10,9	10,3
30 000 - 40 000	150 241	16,7	- 4,4	5 248	15,1	- 4,1	644	11,9	- 6,5	12,6	12,3
40 000 - 50 000	110 930	12,3	+ 3,9	4 949	14,2	+ 3,8	665	12,2	- 0,5	14,0	13,4
50 000 - 60 000	80 036	8,9	+ 2,7	4 383	12,6	+ 2,7	650	12,0	+ 0,4	15,2	14,8
60 000 - 70 000	59 215	6,6	+ 12,9	3 830	11,0	+ 13,0	614	11,3	+ 9,6	16,5	16,0
70 000 - 100 000	80 777	9,0	+ 28,3	6 607	19,0	+ 29,1	1 243	22,9	+ 24,7	19,5	18,8
100 000 und mehr	32 342	3,6	+ 58,2	4 335	12,4	+ 60,2	1 188	21,9	+ 54,6	28,4	27,4
Insgesamt	901 753	100	+ 3,3	34 844	100	+ 11,0	5 432	100	+ 12,8	15,3	15,6

1) Anteil der Lohnsteuer am Bruttolohn

Die Einteilung in die einzelnen Bruttolohngruppen ist in gewisser Weise willkürlich, zumal sich die Grenzen von unteren, mittleren und höheren Lohngruppen bei weiterhin fortschreitender Effektivlohnentwicklung weiter nach oben verschieben. Deswegen wurde in der Tabelle eine relativ detaillierte Gliederung geboten, die diese Willkür relativiert. Aus den Arbeitsmaterialien dieser Statistik sind für Spezialanalysen selbstverständlich noch feinere Untergliederungen der Größenklassen abrufbar. Die hier dargestellte Entwicklung verdeutlicht vor allem die seit langem zu beobachtende Tendenz, daß in mittleren Größenklassen die Besetzungszahlen abnehmen und in den höheren sich über dem Durchschnitt aller Steuerpflichtigen liegende Veränderungsraten ergeben.

Steuerbelastung 1986 kaum geringer

Wie bereits ausgeführt, ist das Einkommensteuerrecht von dem Grundsatz getragen, den einzelnen Steuerpflichtigen gemäß seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern. In der tariflichen Ausgestaltung wird hierzu dem Steuerpflichtigen ein Grundfreibetrag belassen. Es folgen bei höheren Einkommen eine untere Proportionalzone mit einem gleichbleibenden Steuersatz, eine Progressionszone mit steigenden Grenzsteuersätzen sowie daran anschließend eine obere Proportionalzone, in der jeder Einkommenszuwachs gleichbleibend mit dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer belastet ist. Dies führt dazu, daß im Laufe der Zeit immer mehr Steuerpflichtige in Tarifbereiche vorrücken, in denen jeder, der mehr verdient, prozentual höher belastet wird. Zu den aus tariflicher

Sicht wesentlichen Änderungen der ersten Stufe der Steuerreform zählen unter anderem die Heraufsetzung des Grundfreibetrages um 324 DM für Ledige und um 648 DM für Verheiratete auf jährlich 4 536 bzw. 9 072 DM sowie die Korrektur des Tarifverlaufs in der Progressionszone. Die Erhöhung des Grundfreibetrages führte dazu, daß ein insgesamt höherer Betrag von der Besteuerung ausgenommen blieb. Die Folgen der Tarifkorrektur zeigt die Übersicht beispielhaft für den unteren Progressionsbereich (1983: 18 001 bis 59 000 DM; 1986: 18 036 bis 80 027 DM).

Belastung des Mehrverdienstes 1983 und 1986 (untere Progressionszone des Einkommensteuertarifs)

Ausgewählte Beträge des zu versteuernden Einkommens (Grund-/Splittingtabelle) in DM	Tarifliche Grenzbelastung	
	1983	1986
	in %	
20 000/ 40 000	24,69	24,33
30 000/ 60 000	35,70	34,13
40 000/ 80 000	43,17	41,16
50 000/100 000	47,82	45,94
60 000/120 000	50,38	48,98
70 000/140 000	X	50,77
80 000/160 000	X	51,82

Bei allen zu versteuernden Einkommen in Höhe von 60 000 DM (Grundtabelle) bzw. 120 000 DM (Splittingtabelle) wurde 1986 nur noch knapp die Hälfte eines Einkommenszuwachses weggesteuert. Durch die Ausdehnung der unteren Progressionszone auf den Bereich bis 80 027 DM verlief also die sogenannte Grenzbelastungskurve insgesamt etwas flacher, mit anderen Worten, die Zone stark anziehender Grenzsteuersätze konnte etwas entschärft werden.

Neben dem Einkommensteuertarif muß bei der Analyse der Besteuerungsdynamik den Bemessungsgrundlagen ein entscheidendes Gewicht beigemessen werden. Um die Auswirkung der Steuersenkungen 1986 also umfassend darzustellen, müßten von den Bruttolöhnen Freibeträge aller Art (Versorgungs-, Kinder-, Weihnachts-, Arbeitnehmerfreibetrag usw.), Werbungskosten, Sonderausgaben sowie außergewöhnliche Belastungen und andere Tatbestände abgezogen und, ausgehend vom zu versteuernden Einkommen, die Änderung der Häufigkeitsverteilung der Steuerpflichtigen untersucht werden. Dies würde an dieser Stelle jedoch zu weit führen. Die Steuerbelastung nach der Formel

$$\frac{\text{Durchschnittliche Lohnsteuer}}{\text{Durchschnittlicher Bruttolohn}} \times 100$$

kann die Entlastung 1986 nur grob andeuten. Der Vergleich 1986 mit 1983 in den einzelnen Bruttolohngrößenklassen läßt besonders in den höheren Bereichen, wo mehr Doppelverdiener angesiedelt sind, Entlastungen erkennen.

Bei der Analyse im unteren Größenklassenbereich muß zusätzlich berücksichtigt werden, daß die hier erfaßten Teilzeitbeschäftigten, Aushilfskräfte sowie Arbeitnehmer, die nicht das ganze Jahr beschäftigt waren (Berufsanfänger oder zeitweilig Arbeitslose) zusätzlich zum Bruttolohn Lohnersatzleistungen (Arbeitslosen-, Kurzarbeiter-, Schlechtwettergeld sowie Arbeitslosenhilfe) bezogen. Diese Leistungen sind zwar steuerfrei, werden jedoch bei der Steuerfestsetzung berücksichtigt. Nach § 32 b Abs. 2 EStG sind sie dem sogenannten Progressionsvorbehalt unterworfen, d. h. auf das zu versteuernde Einkommen — ohne diese steuerfreien Einnahmen — wird ein erhöhter Steuersatz angewendet. Dieser ergibt sich durch Einbeziehung der zusätzlichen Leistungen in ein fiktiv zu versteuerndes Einkommen.

Die Besteuerung von Alleinstehenden und von Ehepaaren

Setzt man vom gesamten Bruttolohnvolumen von 34,8 Mrd. alle Freibeträge, Werbungskosten, Sonderausgaben usw. ab, ergibt sich ein zu versteuerndes Einkommen von 25,8 Mrd. DM, von dem 5,4 Mrd. DM Jahreslohnsteuer bezahlt wurde. Gegenüber 1983 entspricht das einer prozentualen Lohnsteuersteigerung von 12,8 %.

(Tabelle s. Seite 200)

Von den insgesamt 901 753 Steuerpflichtigen entfielen auf Alleinstehende ohne Haushaltsfreibetrag (Steuerklasse I) 45 %, die fast 27 % der Jahreslohnsteuer aufbrachten. Alleinstehende (Steuerklasse II) mit Kindern hatten einen Anteil von 3,5 % der Steuerpflichtigen und trugen mit 2,6 % zur Jahreslohnsteuer bei. Der Anteil der steuerpflichtigen Ehepaare mit nur einem Verdiener betrug 21,2 %, auf sie entfielen fast 20 % der Jahreslohnsteuer. Für die steuerpflichtigen Ehepaare, bei dem nur ein Ehegatte Bruttolohn bezieht und der andere Ehegatte andere Einkünfte hat, entsprechen die Anteile 10,5 % bzw. 11,6 %. Jeder fünfte Steuerpflichtige (19,8 %) war ein Ehepaar, bei dem beide Bruttolohn beziehen. Der Anteil der Doppelverdiener an der Jahreslohnsteuer war aber doppelt so hoch (fast 40 %).

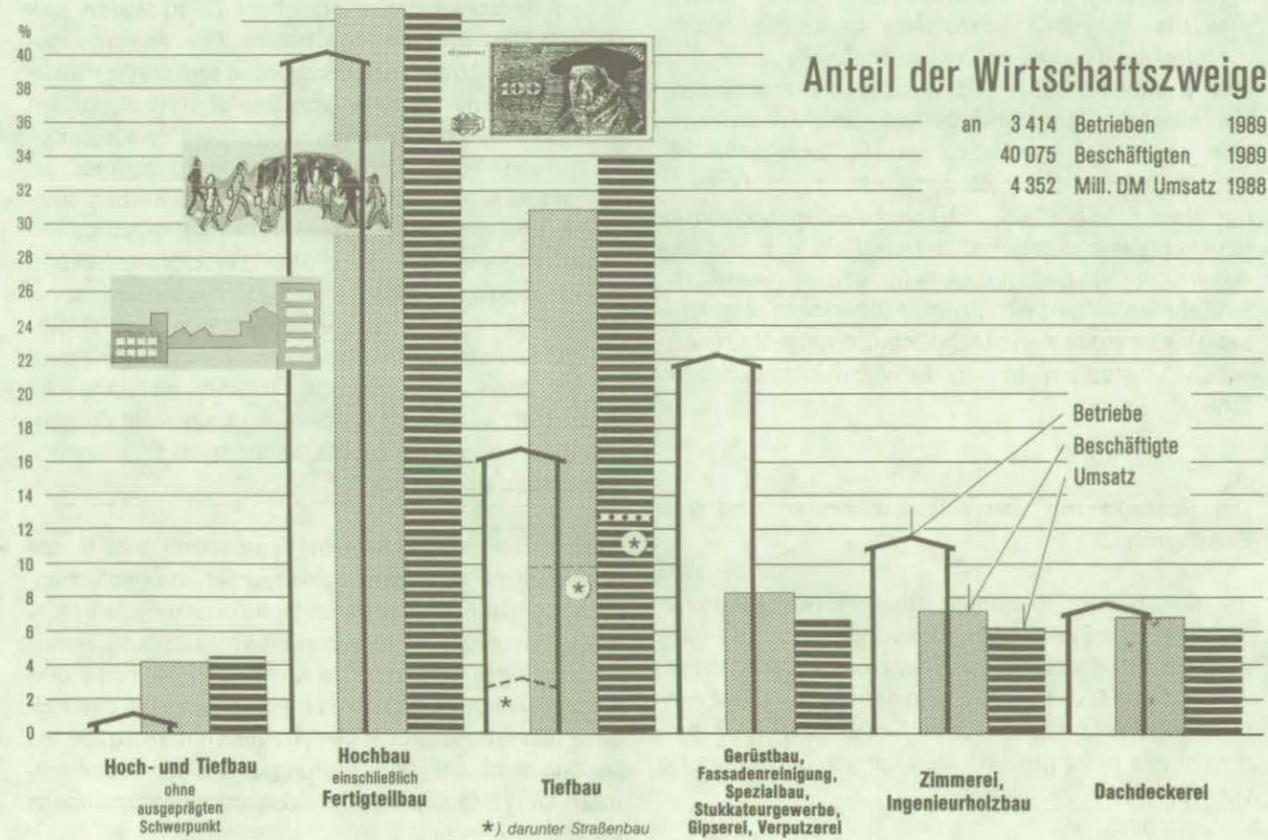
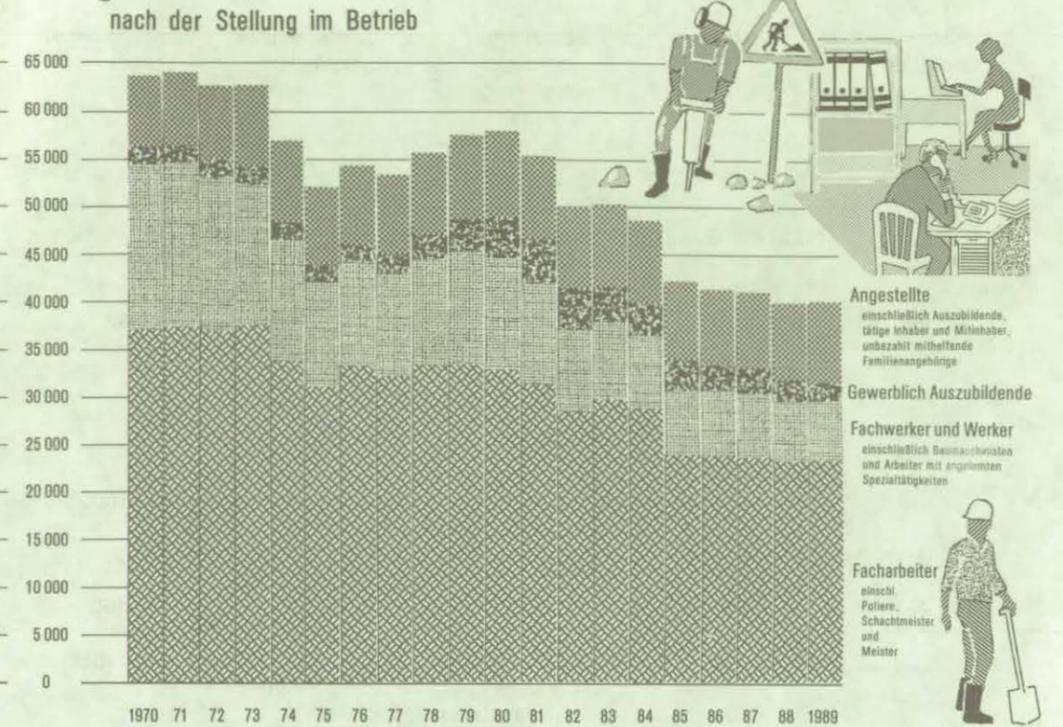
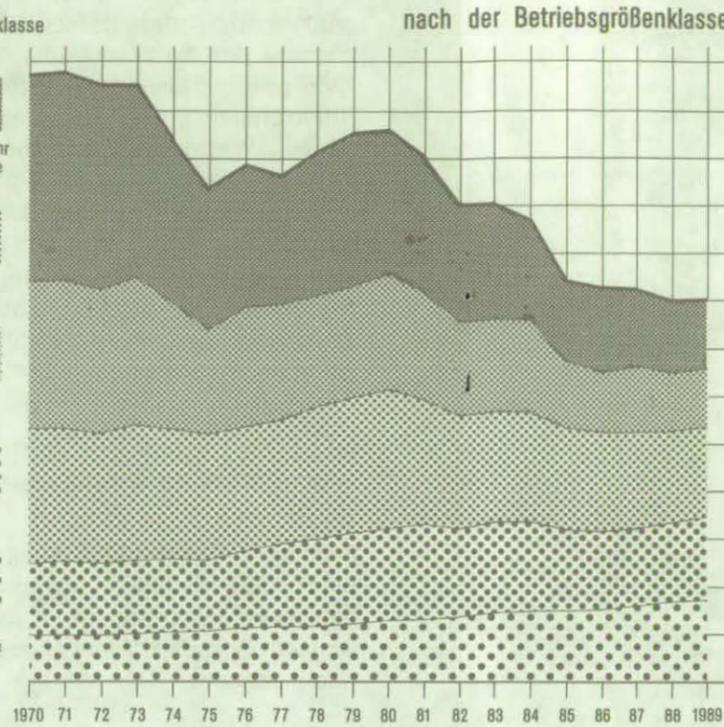
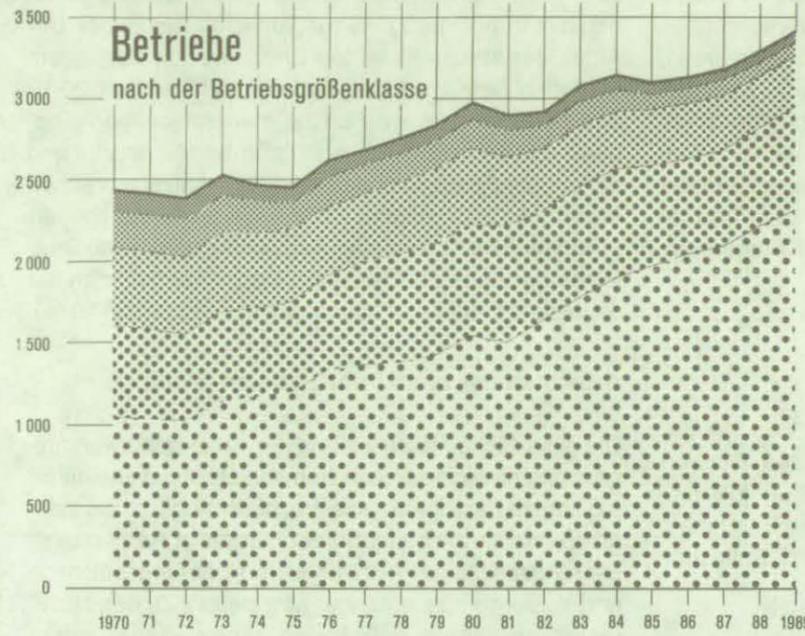
Arbeitnehmer nach ihrer sozialen Stellung

Die gesetzliche Ausgestaltung der Vorsorgeaufwendungen mit unterschiedlich hohen Vorsorgepauschalen für bestimmte Personenkreise macht es möglich, die steuerlich erfaßten Arbeitnehmer erstmals in Rentenversicherungspflichtige, Nichtrentenversicherungspflichtige und Versorgungsempfänger aufzuteilen. Zu den Nichtrentenversicherungspflichtigen zählen insbesondere Beamte, aber auch Angestellte, die mit ihren Einkünften die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht (1986 waren das 67 200 DM) überschritten haben. Die Versorgungsempfänger, vornehmlich Pensionäre und deren Hinterbliebene sowie Bezieher von Betriebsrenten, lassen sich gesondert darstellen, weil ihnen ein Versorgungsfreibetrag in Höhe von 40 % der Versorgungsbezüge, höchstens jedoch 4 800 DM, zusteht; sie werden statistisch deshalb den lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmern zugerechnet, weil ihre Versorgungsbezüge ebenfalls zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (im Sinne des § 19 Einkommensteuergesetz) zählen. Da Sozialversicherungsrenten dagegen — mit dem Ertragsanteil — als sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 BStG versteuert werden, sind sie nicht Gegenstand der Lohnsteuerstatistik, sondern der Einkommensteuerstatistik.

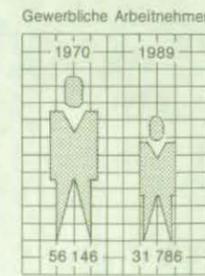
Die weitaus meisten Arbeitnehmer, nämlich 73 % der Steuerpflichtigen, waren rentenversicherungspflichtig. Nicht der Rentenversicherungspflicht unterlagen 14 % aller Lohnsteuerpflichtigen, weitere fast 13 % waren Versorgungsempfänger. Die Anteile am Bruttolohn und am zu versteuernden Einkommen betragen bei den rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmern ca. 76 %, bei den nichtrentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmern ca. 17 % und bei den Versorgungsempfängern zwischen 7 % und 6 %.

Bauhauptgewerbe

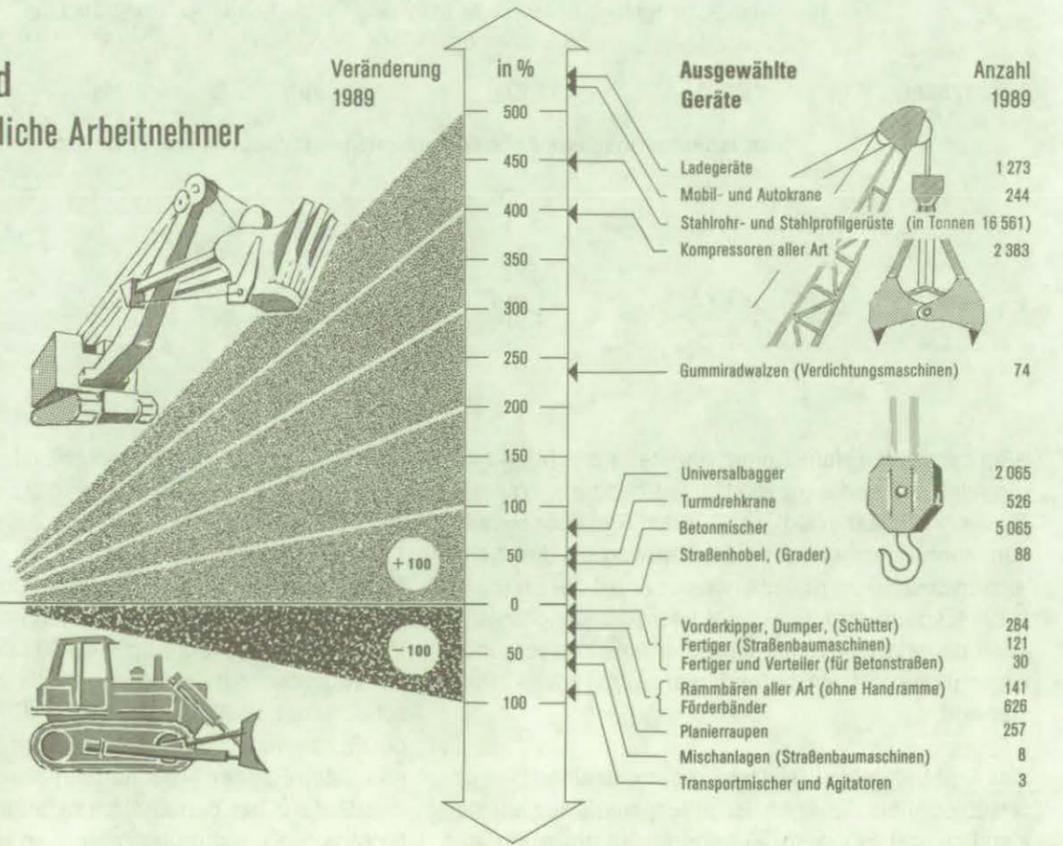
TOTALERHEBUNGEN ZUM 30. JUNI



Gerätebestand je 1000 gewerbliche Arbeitnehmer



Gerätebestand 1970



Bruttolohn, Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, zu versteuerndes Einkommen, einbehaltene Lohnsteuer und Jahreslohnsteuer der Lohnsteuerpflichtigen

Steuerpflichtige	Bruttolohn	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	Zu versteuerndes Einkommen	Einbehaltene Lohnsteuer	Jahreslohnsteuer
Anzahl	Mill. DM				
Nach der Grundtabelle besteuerte Alleinstehende — ohne Haushaltsfreibetrag (Steuerklasse I)					
404 327	9 392	8 198	6 927	1 651	1 465
Nach der Grundtabelle besteuerte Alleinstehende — mit Haushaltsfreibetrag (Steuerklasse II)					
31 408	1 044	957	627	160	140
Nach der Splittingtabelle besteuerte Ehepaare, nur ein Ehegatte mit Bruttolohn — der andere Ehegatte ohne Einkünfte (Steuerklasse III, ohne V)					
191 497	8 182	7 537	5 752	1 180	1 077
Nach der Splittingtabelle besteuerte Ehepaare, nur ein Ehegatte mit Bruttolohn — der andere Ehegatte mit Einkünften (Steuerklasse III, ohne V)					
94 906	4 013	3 706	2 996	632	632
Nach der Splittingtabelle besteuerte Ehepaare, beide Ehegatten mit Bruttolohn (Steuerklasse III/V, IV/IV)					
178 200	12 205	11 211	9 461	2 241	2 117
Nichtzusammengeführte Lohnsteuerpflichtige mit Steuerklasse IV und V					
1 415	9	6	6	1	1
Insgesamt					
901 753	34 844	31 615	25 770	5 865	5 432

Weniger als die Hälfte aller Lohnsteuerpflichtigen waren Alleinstehende, gut die Hälfte Ehepaare. Während dieser Anteil fast exakt auch für den Kreis der Rentenversicherungspflichtigen galt, überwog bei den Nichtrentenversicherungspflichtigen der Anteil der Ehepaare (57,6 %) deutlicher. Bei den Versorgungsempfängern, unter denen sich ein beträchtlicher Anteil versorgungsberechtigter Witwen befand, waren fast 57 % alleinstehend.

Das Einkunfts-niveau innerhalb der einzelnen hier unterschiedenen Gruppen ist naturgemäß sowohl hinsichtlich der sozialen Zugehörigkeit als auch des

Familienstandes sehr unterschiedlich. Die von allen Steuerpflichtigen im Durchschnitt erzielten Bruttolöhne von 38 640 DM sind von den Ehepaaren insgesamt um 13 737 DM übertroffen worden. Der Abstand bei den Doppelverdienern beträgt fast das Doppelte. Dagegen mußte sich der Kreis der Alleinstehenden mit Bruttolöhnen begnügen, die um 14 700 DM unter dem Gesamtdurchschnitt lagen. Über die höchsten durchschnittlichen Bruttolöhne verfügen Ehepaare, die nicht der Rentenversicherungspflicht unterliegen und bei denen beide Partner Arbeitnehmer waren. Beachtlich ist das Gefälle bei den Bruttoeinkünften zwischen den Nichtrentenversicherungspflichtigen sowie den Versor-

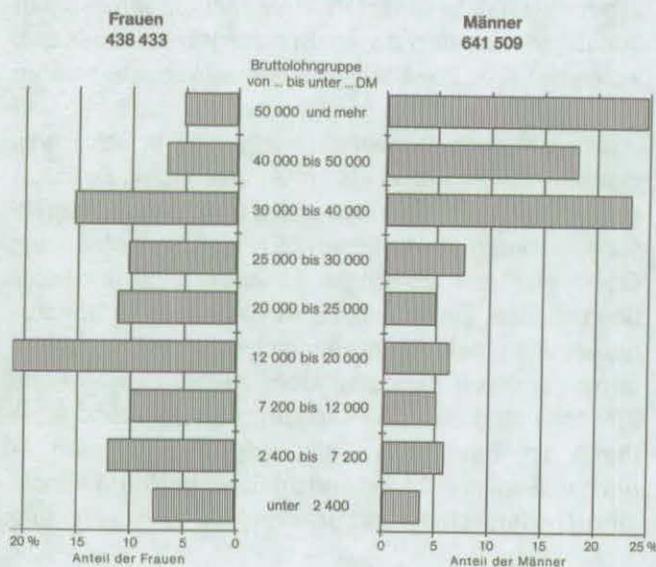
Arbeitnehmer und Versorgungsempfänger 1986 nach Familienstand und sozialer Stellung

Familienstand	Steuerpflichtige		Bruttolohn		Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit		Zu versteuerndes Einkommen	
	Anzahl	%	Mill. DM	DM je Steuerpfl.	Mill. DM	DM je Steuerpfl.	Mill. DM	DM je Steuerpfl.
Alle Arbeitnehmer (einschl. Versorgungsempfänger)								
Alleinstehende	435 735	48,3	10 435	23 949	9 155	21 011	7 554	17 336
Ehepaare ¹	466 018	51,7	24 409	52 377	22 460	48 195	18 216	39 088
davon: Alleinverdiener	286 403	31,8	12 195	42 580	11 243	39 256	8 748	30 545
Doppelverdiener	179 615	19,9	12 214	68 000	11 217	62 450	9 467	52 710
Insgesamt	901 753	100	34 844	38 640	31 615	35 059	25 770	28 577
Rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer								
Alleinstehende	316 043	48,0	7 903	25 007	7 108	22 491	5 841	18 480
Ehepaare ¹	342 600	52,0	18 615	54 334	17 263	50 388	13 913	40 609
davon: Alleinverdiener	202 765	30,8	9 074	44 750	8 471	41 780	6 532	32 212
Doppelverdiener	139 835	21,2	9 541	68 232	8 791	62 870	7 381	52 784
Zusammen	658 643	100	26 518	40 262	24 371	37 002	19 753	29 991
Nichtrentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer								
Alleinstehende	53 729	42,4	1 468	27 328	1 286	23 929	1 127	20 975
Ehepaare ¹	72 947	57,6	4 444	60 921	4 109	56 332	3 443	47 204
davon: Alleinverdiener	39 347	31,1	2 006	50 978	1 872	47 584	1 521	38 662
Doppelverdiener	33 600	26,5	2 438	72 565	2 237	66 577	1 922	57 208
Zusammen	126 676	100	5 912	46 673	5 395	42 589	4 570	36 079
Versorgungsempfänger								
Alleinstehende	65 963	56,7	1 064	16 128	761	11 544	587	8 892
Ehepaare ¹	50 471	43,3	1 350	26 743	1 088	21 549	860	17 032
davon: Alleinempfänger	44 291	38,0	1 115	25 186	899	20 302	695	15 700
Doppelempfänger	6 180	5,3	234	37 906	182	30 490	164	26 576
Zusammen	116 434	100	2 414	20 730	1 849	15 881	1 446	12 421

1) Einschließlich nicht zusammengeführter Einzelfälle (Steuerklassen IV und V)

D 5884 Stat. LA S-H

Arbeitnehmer nach Bruttolohngruppen in Schleswig-Holstein 1986



gungsempfängern (mit einem hohen Anteil an Pensionären und deren Hinterbliebenen). Die Bezüge der Versorgungsempfänger liegen im direkten Vergleich sowohl bei den Alleinstehenden als auch bei den Ehepaaren jeweils um die Hälfte niedriger als die entsprechenden Durchschnittseinkünfte der noch berufstätigen nichtrentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer.

Auch die Entwicklung bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit bzw. beim zu versteuernden Einkommen ist insoweit interessant, als die Differenz zu den Bruttolöhnen durch die Höhe der individuell abzugsfähigen Versorgungs-, Weihnachts- und Arbeitnehmerfreibeträge sowie der Werbungskosten bestimmt wird. Die prozentualen Abzugsbeträge in allen hier untersuchten sozialen Gruppen sind bei den Alleinstehenden jeweils höher als bei den Ehepaaren.

Nach wie vor mehr Frauen in unteren Lohnbereichen

Läßt man den Begriff der Steuerpflichtigen außer acht, so wurden — nach dem Individualnachweis — 438 433 Arbeitnehmerinnen und 641 509 Arbeitnehmer in die Lohnstatistik einbezogen. Wie die Grafik zeigt, sind die unteren Bruttolohngruppen stärker mit Frauen besetzt. Beträgt der prozentuale Anteil bei Männern in Bruttolohngruppen bis unter 12 000 DM 14,8 %, so sind es bei den Frauen fast 30 %. 40 000 DM und mehr verdienten nur 12 % der Frauen, aber 43 % der Männer. Hinzuzufügen ist jedoch, daß im statistischen Nachweis nicht nach dem Beschäftigungsumfang, also der Voll- oder Teilzeitarbeit, differenziert wird.

Große regionale Unterschiede bei den Arbeitnehmereinkünften

Nichts Neues ist zu melden, wenn es um die regionalen Unterschiede geht. Die aus nichtselbständiger Arbeit durchschnittlich erzielten Einkünfte verteilen sich über das Land uneinheitlich. Die größte Konzentration ist im Hamburger Umland zu verzeichnen. Der durchschnittliche Bruttolohn im Landesdurchschnitt je Steuerpflichtigen betrug 38 640 DM. Über diesem Wert lagen sechs Kreise, während der Rest inklusive der kreisfreien Städte darunter blieb. Daß die kreisfreien

Städte schlecht abschneiden, hängt unter anderem damit zusammen, daß die Zurechnung der Einkünfte nicht nach dem Arbeitsort erfolgt, sondern danach, wo der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat. Das gleiche gilt im positiven Sinne für die an Hamburg grenzenden Kreise.

Die Ergebnisse spiegeln die Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur der Regionen wider. Mit den niedrigsten Durchschnittsbezügen mußten sich die Arbeitnehmer in Nordfriesland (32 415 DM) und Dithmarschen (33 107 DM) zufrieden geben. Für die Stadt Flensburg betrug der entsprechende Durchschnittsbetrag 34 684 DM, und für den Landkreis Schleswig-Flensburg 35 280 DM). Der Kreis Steinburg lag dagegen mit 36 188 DM etwas höher. Die kreisfreien Städte Kiel (35 651 DM) und Neumünster (35 442 DM) lagen dicht beieinander, während Lübeck mit 34 301 DM etwas abfiel. Ebenfalls unter dem Landesdurchschnitt lag der Landkreis Ostholstein mit 35 728 DM. Über dem Landesdurchschnitt lagen die Bruttolöhne je Steuerpflichtigen in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde mit 38 833 DM, Plön mit 39 071 DM, Herzogtum Lauenburg mit 40 671 DM, Pinneberg mit 44 238 DM, Segeberg mit 44 936 DM und Stormarn mit 48 010 DM.

Leonard Gawlik

Schleswig-Holstein auch im Winterhalbjahr immer attraktiver

Im vergangenen Winterhalbjahr übertraf im gewerblichen Fremdenverkehr die Zahl der Ankünfte von Gästen erstmals die Millionengrenze. Die Beherbergungsstätten des Landes mit 9 und mehr Betten (einschließlich Jugendherbergen und Kinderheime, jedoch ohne Campingplätze) meldeten von November 1989 bis April 1990 (Winterhalbjahr) 1 074 319 Gästeankünfte und erstmals auch über vier Millionen (4 173 895) Übernachtungen. Damit ist zum vorangegangenen Winterhalbjahr die Zahl der Ankünfte erneut um gut 10 % gestiegen, und die Zuwachsrate der Übernachtungen hat sich mit 9,9 % erfreulicherweise mehr als verdoppelt.

Seit Anfang der 80er Jahre ist zum ersten Mal in einem Winterhalbjahr ein derart hoher Anstieg der Übernachtungszahlen in Beherbergungsbetrieben des Landes ermittelt worden, das Wachstum der Gästezah-

len liegt ebenfalls weit über dem langjährigen Durchschnitt der Winterhalbjahre. Die Entwicklung bei den ökonomisch interessanten Übernachtungen ist hier günstiger verlaufen als im Bundesgebiet insgesamt, wo es nur 4 % Zuwachs gab. Beide Wachstumsraten gleichzeitig, von Gäste- wie Übernachtungszahlen, sind erstmals seit dem Winterhalbjahr 1985/86 in Schleswig-Holstein wieder höher als im Bundesgebiet. Dadurch hat Schleswig-Holstein erneut den bundesdurchschnittlichen winterhalbjährlichen Entwicklungspfad des Gäste- und Übernachtungsvolumens erreicht und leicht überschritten. Ein verhalteneres Wachstum im Bundesgebiet läßt jedoch recht unterschiedliche Entwicklungen in anderen Bundesländern zu. So gab es hohe Zuwachsraten der Übernachtungen — insbesondere durch den deutschen Einigungsprozeß induziert — auch in Berlin (+ 24 %) und im übrigen Norddeutschland (Niedersachsen und Bremen je + 11 %, Hamburg + 8 %).

Gäste und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben mit 9 und mehr Betten im Bundesgebiet¹ und in Schleswig-Holstein in den Winterhalbjahren
 — Meßziffern Winterhalbjahr 1983/84 = 100 —

Winterhalbjahr (Nov. bis April)	Gäste		Übernachtungen	
	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein
1983/84	100	100	100	100
1984/85	102,2	101,5	103,8	101,8
1985/86	100,2	109,2	102,0	107,7
1986/87	107,4	107,0	108,7	106,3
1987/88	117,0	113,7	118,9	115,9
1988/89	126,2	127,1	125,3	120,8
1989/90	134,3	140,3	130,2	132,8

1) einschließlich West-Berlin

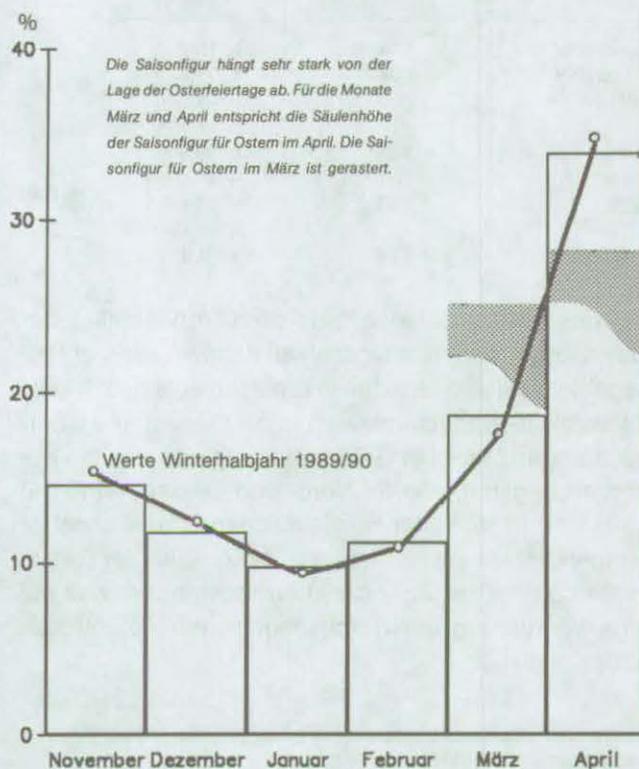
Behilflich bei dieser guten touristischen Entwicklung war vermutlich auch das ungewöhnliche Wetter in Schleswig-Holstein. Sieht man nämlich vom November ab, so war es in den übrigen Monaten des Halbjahres wärmer, als es ein langjähriger Durchschnitt erwarten ließe. Der Preis für anhaltend fehlende Winterstimmung ist — seeklimatisch bedingt — der häufigere Gebrauch des Regenschirms. Im Ergebnis zeigte bereits im März die Natur ein Bild, das hier normalerweise erst im April anzutreffen ist. Der April — zudem diesjährig Ostermonat — war touristisch besonders hilfreich, denn er war trockener und wärmer als in früheren Jahren — auch brachte er viel Sonnenschein. Ende Januar und Anfang Februar erlebte die Nordseeküste schwere Orkane in schneller Folge. Anfang März zog ein weiterer Orkan über Norddeutschland, der vor allem im mittleren und südlichen Teil der Bundesrepublik zu katastrophalen Schäden in den Wäldern führte. Auch die Nordseeküste erlitt schwere Schäden, vornehmlich an den unbefestigten feinsandigen Abschnitten und den Kliffen. Das diesjährig besonders erschreckende Schadensbild zog viele Besucher an — teils mit Zügen eines Katastrophentourismusses.

Die saisonale Entwicklung der Übernachtungszahlen innerhalb eines Winterhalbjahres ist in Schleswig-Holstein langjährig bemerkenswert stabil. Die Grafik zeigt den Verlauf im mehrjährigen Durchschnitt für die Monate November bis April als jeweiligen prozentualen Anteil der monatlichen Übernachtungszahlen am Ergebnis des Winterhalbjahres — also unabhängig davon, ob es ein touristisch gutes oder weniger gutes Halbjahr gab. Entscheidend für den reinen Saisonverlauf in den Monaten März und April ist die Lage der Osterfeiertage. Grob trennt daher die Figur nach einem Termin im März und einem österlichen Apriltermin. Speziell das Winterhalbjahr 1989/90 mit dem Mitte April gelegenen Osterfest entsprach in seiner monatlichen Entwicklung der Übernachtungszahlen annähernd dem langjährig ermittelten Verlauf innerhalb des Halbjahres. Der oben erwähnte erfreuliche Zuwachs der Übernachtungszahlen um 9,9 % zum vorangegangenen Winterhalbjahr muß sich danach in etwa gleichmäßig auf die einzelnen Monate verteilt haben.

D 5889 Stat. LA S-H

Anteil der monatlichen an allen Übernachtungen in Schleswig-Holstein im Winterhalbjahr

— Durchschnitt 1984/85 bis 1988/89, Beherbergungsbetriebe mit 9 und mehr Betten —



ziell das Winterhalbjahr 1989/90 mit dem Mitte April gelegenen Osterfest entsprach in seiner monatlichen Entwicklung der Übernachtungszahlen annähernd dem langjährig ermittelten Verlauf innerhalb des Halbjahres. Der oben erwähnte erfreuliche Zuwachs der Übernachtungszahlen um 9,9 % zum vorangegangenen Winterhalbjahr muß sich danach in etwa gleichmäßig auf die einzelnen Monate verteilt haben.

Dazu im einzelnen: Um den Einfluß der unterschiedlichen Lage der Osterfeiertage 1989 (März) und 1990 (April) in einem Jahresvergleich auszuschalten, werden die Monatszahlen schlicht zusammengefaßt. Über die Hälfte aller Übernachtungen des Winterhalbjahres konzentrieren sich dann wieder saisonüblich auf diese Monate. Die Zahl der Übernachtungen in den Betrieben stieg hier mit stattlichen 8,9 % leicht unterdurchschnittlich, während in den übrigen Monaten des Winterhalbjahres überwiegend leicht höhere Steigerungsraten der Übernachtungszahlen errechnet wurden.

Von zehn Übernachtungen entfielen im Winterhalbjahr gut vier auf das Reisegebiet Ostsee, drei auf die Nordsee, weniger als eine Übernachtung auf die Holsteinische Schweiz und gut zwei von zehn Übernachtungen

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben mit 9 und mehr Betten im Winterhalbjahr 1989/90

Monat	Übernachtungen in 1 000	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	
November	634	+ 15,7	
Dezember	508	+ 13,4	
Januar	399	+ 1,8	
Februar	465	+ 10,9	} + 8,9
März	731	- 24,0	
April	1 436	+ 39,6	
Insgesamt	4 174	+ 9,9	

auf das übrige Schleswig-Holstein. Am Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen nahmen alle vier Reisegebiete teil — allerdings in unterschiedlichem Maße. Zweistellige Wachstumsraten in bei Gästen und Übernachtungen ähnlicher Größenordnung erzielten die Beherbergungsbetriebe an Nord- und Ostsee mit je gut 15 % und 10 %. In der Holsteinischen Schweiz und im übrigen Schleswig-Holstein war der Anstieg der Gästezahlen größer als jener der Übernachtungen, was auf eine Verkürzung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer hinweist.

Gäste und Übernachtungen im Winterhalbjahr 1989/90 nach dem Reisegebiet

Reisegebiet	Gäste (Ankünfte)	Übernachtungen	Veränderung zum Winterhalbjahr 1988/1989 in %	
	in 1 000	in 1 000	Gäste	Übernachtungen
Nordsee	173	1 301	+ 15,6	+ 15,5
Ostsee	494	1 740	+ 10,8	+ 10,6
Holsteinische Schweiz	46	197	+ 3,3	+ 1,0
Übriges Schleswig-Holstein	361	936	+ 8,5	+ 3,6
Schleswig-Holstein	1 074	4 174	+ 10,4	+ 9,9

Während Ergebnisse für Reisegebiete an natürlichen, geographisch geschlossenen Gegebenheiten des Landes orientiert sind, lassen sich Gäste- und Übernachtungszahlen auch nach Gruppen von unterschiedlich prädikatisierten Gemeinden ordnen: Die Veränderung der Übernachtungszahlen von Winterhalbjahr 1988/89 zu Winterhalbjahr 1989/90 verteilt sich nicht gleichmäßig auf so gebildete Gemeindegruppen. Die Bäder an der Nordsee sind Spitzenreiter mit einem Zuwachs von 15,4 %. Es folgen die Ostseebäder (+ 10,3 %), die nichtprädikatisierten Gemeinden mit Schwerpunkt im traditionellen Reiseverkehr und Städtetourismus (+ 9,7 %) — darunter die Gruppe der Großstädte Kiel und Lübeck (+ 10,1 %) —, die Luftkurorte (+ 8,7 %) und die Erholungsorte (+ 4,3 %). Lediglich bei den Mineral- und Moorbädern wie den Kneippkurorten

war die Entwicklung der Übernachtungszahlen in den Beherbergungsbetrieben leicht rückläufig (- 3,1 %). Dabei waren im Winterhalbjahr in dieser seit Anfang 1989 vom Gesundheitsreformgesetz besonders betroffenen Gemeindegruppe sogar 1,3 % mehr Gäste angekommen als noch im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Da jedoch gleichzeitig die durchschnittliche Verweildauer je Gast sichtbar von 7,7 auf 7,3 Tage zurückging, stellte sich im Ergebnis der Übernachtungsschwund ein. In allen anderen Gemeindegruppen blieb dagegen die durchschnittliche Verweildauer je Gast unverändert.

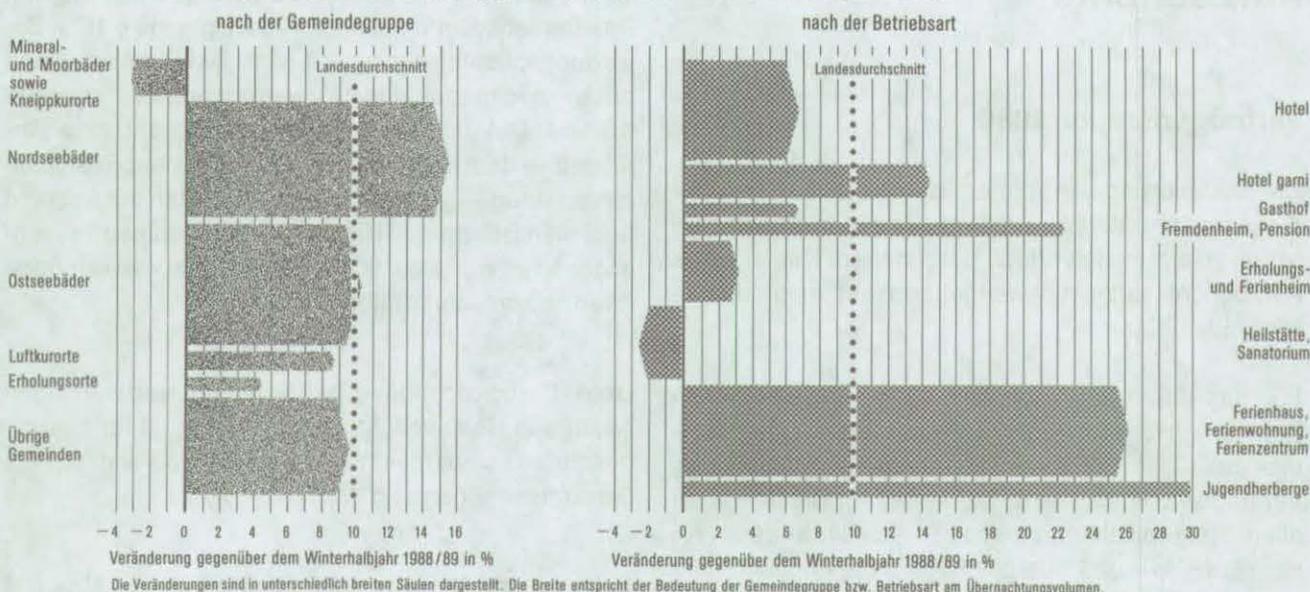
Der Einfluß des Gesundheitsreformgesetzes schlägt möglicherweise auch bei den Ergebnissen nach Betriebsarten durch. So meldeten Heilstätten und Sanatorien, die mit stationären Kuren zu einer besseren Leistungsfähigkeit vieler Kranker und Erschöpfter beitragen, um 2,5 % rückläufige Übernachtungszahlen, für Bundesbürger gar um 3,1 %. Bei den anderen Betriebsarten stieg dagegen die Zahl der Übernachtungen — und zwar überdurchschnittlich bei den Jugendherbergen (+ 29,9 %), bei den Ferienhäusern, -wohnungen und Ferienzentren (+ 26,2 %), bei den Fremdenheimen, Pensionen (+ 22,3 %) wie bei den Hotels garnis (+ 14,3 %). Bedeutsam sind davon insbesondere die Ferienhäuser, -wohnungen und Ferienzentren, denn diese Betriebsart trug im Winterhalbjahr allein fast ein Viertel der Übernachtungen zur Fremdenverkehrs Bilanz bei.

Erstmals im Winterhalbjahr 1989/90 nutzten die DDR-Bürger relativ ungehindert ihre neue Reisefreiheit. Ihr Beitrag zur Halbjahresbilanz des Fremdenverkehrs blieb bei landesweit 4,2 Mill. gewerblichen Übernachtungen noch vergleichsweise unbedeutend. So meldeten die Betriebe mit 9 und mehr Betten 7 012 Ankünfte von Gästen aus der DDR mit insgesamt 20 436 Übernachtungen. Im Winterhalbjahr 1988/89 waren es noch 854 Ankünfte und 5 204 Übernachtungen gewesen.

Fast 7 % der Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben zwischen Nord- und Ostsee buchten ausländische Gäste — insbesondere aus dem Ostseeraum. Während ihr Übernachtungsanteil im Reisegebiet Nordsee verschwindend gering ist, so entfällt an der Ostsee mehr als eine von zehn Übernachtungen auf die ausländische Gästegruppe. Daher ist hier die Veränderung des Ausländerreiseverkehrs vergleichsweise bedeutsamer. Er entwickelte sich in Schleswig-Holstein im Winterhalbjahr — anders als im Bundesgebiet (+ 12 %) — insgesamt unterdurchschnittlich (+ 2,1 % mehr Übernachtungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Besondere Wachstumsakzente

Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten im Winterhalbjahr 1989/1990

D 5892 Stat. LA S-H



im Land zwischen Nord- und Ostsee setzten Gäste aus Frankreich, aus den Niederlanden, aus Finnland, aus Norwegen, insbesondere auch aus Schweden. Denn mit zusätzlichen 15 000 Übernachtungen im Winterhalbjahr hatten die schwedischen Gäste im Übernachtungsvolumen fast mit unserem nördlichen Nachbarn gleichgezogen. Dänen wie Schweden trugen mit je über 70 000 Übernachtungen zu einer ausgewogeneren Auslastung der Übernachtungskapazitäten der Betriebe bei. Vom Zuwachs an schwedischen Gästen profitierten insbesondere die Hansestadt Lübeck und der Kreis Ostholstein.

Wie die Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten, so sind auch die Campingplätze des Landes mit 6 und mehr Stellplätzen besser genutzt worden. Die Zahl der Übernachtungen war um 8,4 % höher als im Winterhalbjahr 1988/89. Rund 160 000 Dauercamper gab es auf Campingplätzen im Mittel der vergangenen drei Winterhalbjahre seit 1986. Auch im Winterhalbjahr 1989/90 war ihre Zahl mit nunmehr 161 253 Gästen annähernd so hoch wie im vorangegangenen Winterhalbjahr. Dauercamper ist, wer für mehr als zwei Monate eine Campingplatzbenutzung vertraglich vereinbart hat.

Zu diesen Dauercampers gesellten sich knapp 22 000 Durchgangsgäste, die durchschnittlich vier Tage auf dem Campingplatz verweilten. Sie belebten das Durchgangsgeschäft der Plätze mit kräftigen Zuwachsraten. Die Ankünfte der Durchgangscamper waren um 70 %, die Übernachtungszahlen um 65 % höher als in der vergleichbaren Vorperiode. Besonders hat von dieser Entwicklung das Reisegebiet Ostsee profitiert, wo sich Gäste- und Übernachtungszahlen fast verdoppelten. An

der Nordsee blieb diese Entwicklung mit 40 % zusätzlichen Durchgangscampers und deren um 13 % gestiegenen Übernachtungszahlen vergleichsweise verhalten. 16 % aller Durchgangscamper waren Ausländer, 78 % von ihnen allein aus Dänemark.

Umsatzentwicklung im Gastgewerbe und im Beherbergungsgewerbe im Winterhalbjahr 1989/90 — Veränderung zum Vorjahresmonat in % —

Monat	Gastgewerbe		Darunter Beherbergungsgewerbe	
	nominal	real ¹⁾	nominal	real ¹⁾
November	+ 5,3	+ 2,8	+ 11,2	+ 7,3
Dezember	+ 8,5	+ 5,7	+ 14,6	+ 9,7
Januar	+ 1,8	- 1,1	+ 5,5	+ 1,2
Februar	+ 3,2	+ 0,3	+ 7,7	+ 3,6
März	+ 3,7	+ 0,5	+ 4,9	+ 0,9
April				
Winterhalbjahr	+ 4,4	+ 1,5	+ 7,9	+ 3,6

1) in konstanten Preisen

Die insgesamt erfreuliche Entwicklung der Übernachtungszahlen im Lande schlägt sich auch in den Umsätzen nieder. So waren die Umsätze im Beherbergungsgewerbe des Landes im Winterhalbjahr 1989/90 um 7,9 % höher als im Halbjahr 1988/89. Real, d. h. nach Bereinigung um Preisveränderungen, stiegen sie um 3,6 %. Im Gastgewerbe des Landes, das sind neben dem Beherbergungs- auch das Gaststättengewerbe und die Kantinen, wuchsen die Einnahmen um 4,4 %.

Gerd Scheel

Kurzberichte

Vermögenssteuer 1986

Die Besteuerung der Vermögen und die Methodik der dreijährlichen Statistik darüber wurden in dieser Zeitschrift zuletzt in Heft 6/1988 beschrieben. Der folgende Kurzbericht verzichtet weitgehend auf methodische Hinweise.

Für das Jahr 1986 (Stichtag: 1. Januar) wurden in Schleswig-Holstein 25 388 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 12,5 Mrd. DM veranlagt. Ihr Anteil an allen Steuerpflichtigen betrug 91 %. Die andere größere Gruppe von Steuerpflichtigen, die unbeschränkt steuerpflichtigen *nicht*natürlichen Personen, hatte einen Anteil von 7,2 % (2 005 Steuerpflichtige) mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 7,8 Mrd. DM.

Auf die Gruppe der beschränkt Steuerpflichtigen soll im folgenden nicht weiter eingegangen werden, da ihr Anteil an allen Steuerpflichtigen mit 1,8 % zu unbedeutend war.

Alle 27 393 unbeschränkt Steuerpflichtigen hatten ein Rohvermögen von 26,8 Mrd. DM. 18,9 Mrd. hiervon entfielen auf die natürlichen Personen. Von den vier Vermögensarten, aus denen sich das Rohvermögen zusammensetzt, hatte das land- und forstwirtschaftliche

Vermögen mit 0,2 Mrd. DM die geringste Bedeutung. Das Betriebsvermögen nach Ansatz gemäß § 117 a Bewertungsgesetz¹ betrug 2,9 Mrd. DM. Die der Höhe nach zweitbedeutendste Vermögensart war mit 4,8 Mrd. DM das Grundvermögen. Das sonstige Vermögen — dem Begriff nach eher als kleinere Restgröße zu vermuten — wies mit 11,1 Mrd. DM den mit Abstand höchsten Betrag auf. Hinter dem Sammelbegriff „sonstiges“ verbirgt sich vor allem das Kapitalvermögen (Wertpapiere, Sparguthaben usw.).

Unter Berücksichtigung der Schulden und sonstigen Abzüge in Höhe von 3,1 Mrd. DM verblieb für alle unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen ein Gesamtvermögen von 15,8 Mrd. DM.

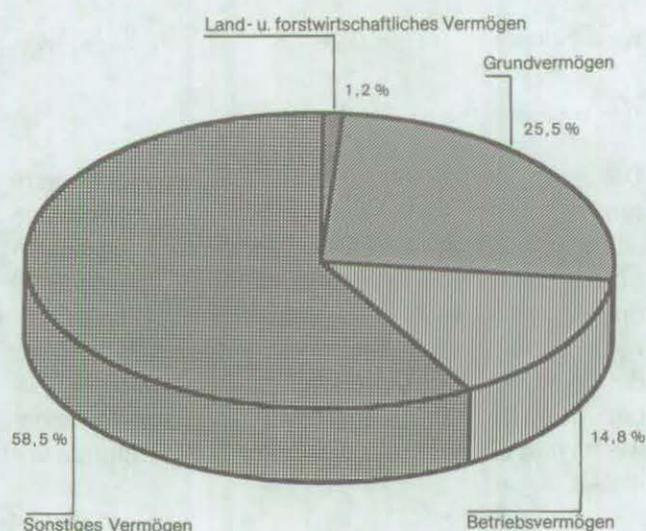
Betrachtet man nun die Verteilung dieser 15,8 Mrd. DM auf Größenklassen des Gesamtvermögens, so ergibt sich folgendes Bild:

Fast gleich hohe Anteile am Gesamtvermögen waren in den Größenklassen 500 000 bis 1 Mill. DM (21 %) und 1 Mill. bis 2,5 Mill. DM (20 %) festzustellen, wobei die erstgenannte Größenklasse mit 19 % aller Steuerpflichtigen mehr als doppelt so stark besetzt war wie die von 1 Mill. DM bis 2,5 Mill. DM. Den Größenklassen ab 2,5 Mill. DM waren nur 2,8 % Steuerpflichtigen, aber 30 % des Gesamtvermögens zuzurechnen. Auf die Größenklassen unter 500 000 DM entfielen zwar ebenfalls etwa drei Zehntel des Gesamtvermögens, aber auch sieben Zehntel aller Steuerpflichtigen.

D 5885 Stat. LA S-H

Anteile der Vermögensarten am Rohvermögen 1986

— Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen —



Die Vermögensteuerstatistik weist auch die Beteiligung am Erwerbsleben einer Veranlagungsgemeinschaft (Haushalt) aus. Die Erwerbstätigen hatten einen Anteil von 62,7 % am Gesamtvermögen, wobei 53,2 % die Selbständigen und 9,5 % die Nichtselbständigen besaßen. Bei den Selbständigen unterscheidet die Statistik Land- und Forstwirte, Gewerbetreibende, freie Berufe und sonstige Selbständige. Die Gewerbetreibenden hatten mit 38 % den größten Anteil an der Summe aller Gesamtvermögen. Die Nichterwerbstätigen vereinigten 37,3 % des Gesamtvermögens auf sich, und zwar die Rentner und Pensionäre 32,7 % und die sonstigen Nichterwerbstätigen 4,6 %.

1) Im 1984 neu eingefügten § 117 a (Ansatz des inländischen Betriebsvermögens) ist insbesondere der Abs. (1) von Belang, wonach bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ein Freibetrag von 125 000 DM gilt und für die darüber hinausgehenden Beträge 75 % zugrunde zu legen sind.

Steuerpflichtige und ihr Vermögen 1986

nach Größenklassen in %

— unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen —

Größenklasse des unabgerundeten Gesamtvermögens von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige	Unabgerundetes Gesamtvermögen
Unter 100 000	3,6	0,5
100 000 - 150 000	9,0	1,8
150 000 - 200 000	12,0	3,4
200 000 - 250 000	11,2	4,0
250 000 - 300 000	10,0	4,4
300 000 - 400 000	14,5	8,1
400 000 - 500 000	9,6	6,9
500 000 - 1 Mill.	19,1	21,1
1 Mill. - 2,5 Mill.	8,2	19,6
2,5 Mill. - 5 Mill.	1,8	9,8
5 Mill. - 10 Mill.	0,7	7,4
10 Mill. - 20 Mill.	0,2	5,0
20 Mill. und mehr	0,1	8,0
Insgesamt	100	100

Mitentscheidend für die Anzahl der gewährten Freibeträge und damit für das Gesamtvermögen ist die Haushaltgröße. Alleinstehend, d. h. ohne Ehepartner, waren 51,9 % der Steuerpflichtigen, bei den restlichen 48,1 % gab es zwei Ehegatten. Die Steuerpflichtigen mit Kindern hatten nur einen geringen Anteil von 14,6 % an allen Steuerpflichtigen. Der Anteil am Gesamtvermögen verteilte sich wie folgt auf die verschiedenen Haushaltgrößen: Alleinstehende ohne Kind 34,2 %, Alleinstehende mit Kindern 2,3 %, Ehegatten ohne Kind 39,5 % und Ehegatten mit Kindern 24,0 %.

Von besonderem Interesse ist die regionale Verteilung der Großvermögen.

Großvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen 1986

KREISFREIE STADT Kreis	Vermögensmillionäre		Gesamtvermögen	
	Anzahl	%	Mill. DM	%
FLENSBURG	125	4,5	285	3,6
KIEL	155	5,5	427	5,4
LÜBECK	236	8,4	879	11,2
NEUMÜNSTER	79	2,8	165	2,1
Dithmarschen	91	3,2	182	2,3
Hzgt. Lauenburg	268	9,6	898	11,5
Nordfriesland	149	5,3	354	4,5
Ostholstein	207	7,4	539	6,9
Pinneberg	398	14,2	1 114	14,2
Plön	102	3,6	340	4,3
Rendsburg-Eckernförde	243	8,7	665	8,5
Schleswig-Flensburg	121	4,3	298	3,8
Segeberg	191	6,8	547	7,0
Steinburg	118	4,2	320	4,1
Stormarn	319	11,4	823	10,5
Schleswig-Holstein	2 802	100	7 836	100

1986 wohnten in Schleswig-Holstein 2 802 Vermögensmillionäre. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen betrug 11 %. Sieben von zehn Vermögensmillionären waren erwerbstätig. Von diesen 1 933 Steuerpflichtigen gingen 1 672 oder 86 % einer selbständigen Tätigkeit nach. Auch hier sind die Gewerbetreibenden mit 63 % der Erwerbstätigen die größte Berufsgruppe. 82 % der 869 nichterwerbstätigen Millionäre sind Rentner und Pensionäre. Von allen Millionären waren 888 oder 32 % alleinstehend, 1 914 oder 68 % verheiratet, und 30 % hatten Kinder.

Die höchsten Anteile an allen Vermögensmillionären hatten die Kreise Pinneberg und Stormarn mit 14,2 % bzw. 11,4 %. Nur wenige Inhaber von Großvermögen gab es hingegen in Dithmarschen (3,2 %), Plön (3,6 %) und der kreisfreien Stadt Neumünster (2,8 %). Die größten Anteile am Gesamtvermögen der Millionäre hatten die Landkreise Pinneberg (14,2 %), Hzgt. Lauenburg (11,5 %), Stormarn (10,5 %) und die kreisfreie Stadt Lübeck (11,2 %).

Das Vermögen der Vermögensmillionäre betrug im Landesdurchschnitt 2,8 Mill. DM. Darüber lagen der Kreis Hzgt. Lauenburg und der Kreis Plön mit jeweils 3,3 Mill. DM. Den mit 3,7 Mill. DM höchsten Gesamtvermögensdurchschnitt hatte die Stadt Lübeck, die damit auch weit vor den übrigen kreisfreien Städten Kiel (2,8 Mill. DM), Flensburg (2,3 Mill. DM) und Neumünster (2,1 Mill. DM) lag.

Jürgen Hinrichsen-Kroymann

Weiterhin gutes Konjunkturklima im verarbeitenden Gewerbe

Im ersten Halbjahr 1990 setzte sich im verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins (einschließlich Bergbau) die anhaltend gute Konjunktur fort, die bereits in den Jahren 1989 und 1988 das wirtschaftliche Geschehen bestimmt hatte. Eine Wende in dieser Entwicklung zeichnet sich nach den Berichten der Betriebe nicht ab. So erhöhte sich der Einsatz von Arbeitskräften im Vergleich zum Vorjahr um 4,0 %, die Zahl der von Arbeitern geleisteten Stunden stieg ebenfalls um diesen Prozentsatz, und die Verkaufserlöse nahmen um 7,6 % zu. Dabei expandierten die Umsätze aus dem Inlandsgeschäft (+ 7,9 %) etwas stärker als diejenigen aus dem Auslandsgeschäft (+ 6,7 %). Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 1990 von den Betrieben über 21,1 Mrd. DM umgesetzt.

Das Umsatzplus schrumpft nur wenig, wenn man die in ihm enthaltene Preiskomponente ausschaltet. Die Inflationsrate in diesem Jahr liegt nämlich spürbar unter derjenigen des Vorjahres. Sie beträgt im Bundesgebiet auf der Erzeugerpreisstufe im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai 1990 für Erzeugnisse des verarbeitenden Gewerbes nur 1,2 %. Daraus ergibt sich eine geschätzte reale Steigerungsrate des Umsatzes in Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr von über 6 %.

Die Erlösentwicklung im Bundesgebiet weicht — insgesamt gesehen — nur unwesentlich von derjenigen im nördlichsten Bundesland ab. Auf Bundesebene hat der Gesamtumsatz mit rd. 734 Mrd. DM in den ersten fünf Monaten 1990 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 7,8 % zugenommen.

Grunddaten des verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) in Schleswig-Holstein

		Juni 1990	Veränderung geg. Juni 1989 in %	Januar bis Juni 1990	Veränderung geg. Jan. bis Juni 1989 in %
Beschäftigte (in 1 000)	(in 1 000)	176	+ 4,5	174 ^a	+ 4,0
dar. Arbeiter (in 1 000)	(in 1 000)	119	+ 4,4	117 ^a	+ 4,0
Arbeiterstunden (in Mill.)	(in Mill.)	16	+ 1,5	96	+ 4,0
Löhne u. Gehälter (Mill. DM)	(Mill. DM)	725	+ 11,4	3 905	+ 8,7
Umsatz (Mrd. DM)	(Mrd. DM)	3,7	+ 6,2	21,1	+ 7,6
Inlandsumsatz (Mrd. DM)	(Mrd. DM)	2,9	+ 9,3	16,1	+ 7,9
Auslandsumsatz (Mrd. DM)	(Mrd. DM)	0,9	- 3,0	5,1	+ 6,7
Auftragseingang ¹ (Mrd. DM)	(Mrd. DM)	2,1	- 20,7	13,0	+ 1,5
aus dem Inland (Mrd. DM)	(Mrd. DM)	1,4	- 23,1	8,5	+ 0,4
aus dem Ausland (Mrd. DM)	(Mrd. DM)	0,7	- 15,0	4,4	+ 3,8
Energieverbrauch (Mill. t SKE)	(Mill. t SKE)			1,2	+ 4,2

1) ausgewählte Wirtschaftszweige
a) Monatsdurchschnitt

Aus dem Rahmen fällt die Entwicklung der Bestelleingänge. Sie sind in Schleswig-Holstein im Beobachtungszeitraum nur um 1,5 % gestiegen. Aufgrund des gesamten Datenbildes kann hieraus jedoch nicht auf beginnende Schwächetendenzen geschlossen werden.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai war noch eine Zuwachsrate von 7,2 % beobachtet worden. Derartig starke Schwankungen der Auftragseingänge sind für das nördlichste Bundesland mit seiner geringen Fläche, dem begrenzten Industriebesatz und seiner speziellen Branchenstruktur nichts Außergewöhnliches.

Die Vergleichsstörung wurde durch den extrem niedrigen Auftragseingang im Juni hervorgerufen (- 21 % gegenüber Juni 1989). Er geht hauptsächlich darauf zurück, daß in diesem Monat nur in sehr geringem Umfang Schiffbauaufträge hereingenommen wurden, im gleichen Vorjahresmonat aber solche in Rekordhöhe. Daneben macht sich bemerkbar, daß im Maschinenbau die Zuwachsraten in den letzten Monaten nicht mehr gestiegen sind; sie bewegen sich zwar weiterhin auf hohem Niveau, jedoch scheint die Zeit der sprunghaft steigenden (zweistelligen) Veränderungsdaten vorüber zu sein.

Die seit Herbst vorigen Jahres ununterbrochen steigende Zuwachsrate der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat ist erstmals wieder leicht gesunken. Sie betrug im Juni 4,5 %; das entspricht einem binnen Jahresfrist um über 7 500 Personen erhöhten Beschäftigteneinsatz. Gegenüber dem Vormonat Mai wurden in den Betrieben per Saldo über 1 000 Arbeitsplätze neu besetzt. Der Zugang betraf hauptsächlich den Nahrungsmittelsektor mit allein einem Plus von rd. 650 Beschäftigten. Aber auch in den übrigen Wirtschaftshauptabteilungen des verarbeitenden Gewerbes war — wenn auch in geringerem Ausmaß — ein verstärkter Personaleinsatz zu beobachten.

Der Energieverbrauch der Betriebe hat im Vorjahresvergleich des ersten Halbjahres um 4,2 % zugenommen. Insbesondere wurde der Einsatz von schwerem Heizöl erhöht (+ 10 %), derjenige von leichtem Heizöl dagegen um 9 % gesenkt. Die prozentuale Zunahme des Stromverbrauchs (+ 4,3 %) weicht nicht wesentlich von derjenigen des gesamten Energieverbrauchs ab. Im Gasverbrauch war nur ein unterdurchschnittlicher Anstieg (+ 2,1 %) zu beobachten.

Klaus Scheithauer

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an
- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl
- s = geschätzte Zahl
- D = Durchschnitt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

42. Jahrgang . Heft 9 . September 1990

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1989			1990			
			Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 560	2 574	2 569	2 571	2 573
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
Eheschließungen	Anzahl	1 439	1 437	2 627	1 897	1 730	1 241	2 738
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	6,7	12,0	9,0	7,9
Lebendgeborene	Anzahl	2 276	2 291	2 411	2 168	2 532	2 271	2 402
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	10,6	11,1	10,3	11,6
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 535	2 546	2 662	2 422	2 452	2 504	2 552
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	11,9	12,2	11,5	11,2
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	15	11	13	19	19	18
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	6,6	4,6	6,0	7,5	8,4	7,5
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 259	- 254	- 251	- 254	+ 80	- 333	- 150
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 1,2	+ 0,4
WANDERUNGEN										
über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 671	7 672	5 593	6 193	7 358
über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 638	4 904	3 886	4 221	5 293
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 033	+ 2 768	+ 1 707	+ 1 972	+ 2 065
innerhalb des Landes (Umgezogene 1)	Anzahl	8 977	9 121	7 879	7 945	9 291
Wanderungsfälle	Anzahl	19 286	21 697	17 358	18 359	21 942
ARBEITSLAGE										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	101	94	92	95	97	90	87	89
darunter Männer	1 000	61	57	53	51	52	53	49	47	48
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	8,2	6,5	8,7	7,0	2,9	6,1	2,6	1,5	1,0
darunter Männer	1 000	7,2	5,8	6,8	4,7	2,2	5,8	2,4	1,4	0,8
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	5,7	6,5	7,0	7,3	6,3	10,3	11,7	12,0	10,2
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 481 ^a	1 491 ^a	.	1 493	.	.	.	1 504	.
darunter Milchkühe	1 000	481 ^a	480 ^a	.	444	.	.	.	437	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
Schweine	1 000	1 540 ^a	1 451 ^a	.	.	.	1 463	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	151 ^a	144 ^a	.	.	.	148	.	.	.
darunter trächtig	1 000	103 ^a	99 ^a	.	.	.	101	.	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	43	41	32	31	34	36	40	36	42
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	212	189	210	186	180	203	193	173	208
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	2	1	1	1	1	1	1	1	1
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEMERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,9	29,0	27,6	25,4	25,8	29,3	29,8	26,8	31,6
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,0	12,7	9,5	9,6	10,5	11,4	12,6	11,5	13,2
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	17,6	16,0	17,8	15,5	15,0	17,6	16,9	14,9	18,0
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT FÜR²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	312	302	308	311	315	318	322	316
Kälber	kg	127	131	129	133	129	132	126	131	134
Schweine	kg	84	85	85	84	83	87	88	87	87
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	für Legehennenküken	1 000	98	99
	für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	121	77
MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	198	201	240	222	206	212	239	211	195
darunter an Molkereien und Händler geliefert	t	95	95	98	98	96	96	98	98	97
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	13,7	16,1	15,4	13,8	14,7	16,1	14,6	13,1

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1989			1990			
			Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	169	167	169	170	174	175	176	178
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	112	114	113	114	115	117	117	119	120
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 433	15 483	14 835	15 873	14 713	15 437	16 175	16 115	15 099
Lohnsumme	Mill. DM	344,4	360,4	355,0	366,0	355,8	377,1	392,6	406,6	407,3
Gehaltssumme	Mill. DM	252,4	270,4	266,6	284,3	257,1	278,0	295,6	317,9	286,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 956	2 274	1 946	2 600	1 986	1 980	2 355	2 062	2 097
aus dem Inland	Mill. DM	1 238	1 437	1 299	1 832	1 338	1 342	1 708	1 409	1 492
aus dem Ausland	Mill. DM	718	837	647	768	648	638	647	653	605
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 194	3 414	3 399	3 532	3 198	3 514	3 550	3 750	3 608
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 427	2 595	2 647	2 535	2 437	2 648	2 779	2 880	2 894
Auslandsumsatz	Mill. DM	768	819	753	897	761	866	771	870	713
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	45,4	47,0
Stadt- und Kokererigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	63
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	67	56
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	272	281	267	275	266	284	294	296	281
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	34	32	31	32	30	33	31	33
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	113,0	115,3	115,0	114,1	105,6
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 301	39 744	39 942	40 075	40 163	39 913	40 376	40 617	40 845
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 262	4 382	4 521	5 095	4 635	4 323	4 963	4 716	4 756
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 593	1 623	1 650	1 821	1 686	1 647	1 913	1 782	1 810
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 071	1 181	1 213	1 390	1 254	1 113	1 251	1 220	1 204
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 522	1 493	1 657	1 761	1 576	1 456	1 673	1 619	1 635
Lohnsumme	Mill. DM	91,8	97,2	102,6	102,7	100,8	99,8	114,5	106,8	113,6
Gehaltssumme	Mill. DM	18,6	19,3	18,8	19,9	19,2	20,0	20,7	21,7	21,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	359,5	390,8	376,4	448,4	423,6	369,4	462,5	453,1	492,5
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	224,2	236,4	258,3	263,4	257,4	362,8	275,4	295,8	276,3
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 134	7 542	7 267	7 360	7 401	7 986	8 019	8 007	8 080
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	848	896	872	905	853	916	996	925	945
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	21,6	21,0	22,2	21,3	22,5	24,8	25,2	25,2
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	57,5	64,0	53,9	65,2	61,5	59,3	67,9	67,2	77,8
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 299	2 185	2 399	1 844	1 886
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	939	944	874	761	884
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)										
am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	99,0	101,2	.	100,2	.	.	.	107,2	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	150,5	159,2	.	155,4	.	.	.	163,4	.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,45 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1990 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftswissenschaftler des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1989			1990			
				Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	435	440	517	550	506	500	689	630	599
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	386	373	450	446	442	418	548	534	498
2 Wohnungen	Anzahl	33	40	40	55	43	53	84	62	53
Rauminhalt	1 000 m ³	319	353	402	464	371	446	682	544	542
Wohnfläche	1 000 m ²	56	63	72	85	69	81	123	98	98
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	113	102	137	129	102	163	162	160
Rauminhalt	1 000 m ³	515	557	431	562	671	657	781	417	746
Nutzfläche	1 000 m ²	86	90	68	98	108	102	131	74	118
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	634	730	795	1 002	737	1 031	1 542	1 181	1 193
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	923,9	1 046,3	1 000,2	1 154,5	1 071,4	947,5	1 132,9
davon Güter der										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	150,8	184,9	216,8	215,4	162,6	134,3	182,7
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	773,2	861,4	783,4	939,2	908,8	813,2	950,2
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	13,2	16,2	17,2	16,2	13,9	14,7	14,3
Halbwaren	Mill. DM	54,8	64,6	63,2	62,0	63,8	59,0	63,8
Fertigwaren	Mill. DM	705,2	780,6	703,1	861,0	831,1	739,5	872,1
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	124,0	125,7	136,4	152,2	118,8	116,8	127,6
Enderzeugnisse	Mill. DM	581,2	654,9	566,7	708,8	712,3	622,7	744,5
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	457,6	514,1	538,6	562,9	495,6	473,0	589,3
darunter										
Niederlande	Mill. DM	85,9	104,7	106,3	114,7	93,7	99,0	109,0
Frankreich	Mill. DM	83,3	93,4	92,6	91,9	110,0	80,7	91,7
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	78,9	84,5	96,2	85,3	87,9	75,5	85,2
Dänemark	Mill. DM	77,5	74,5	75,2	83,8	56,9	67,3	90,0
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	110,2	p 116,2	p 118,0	p 117,4	p 118,9	p 124,1	p 128,5	p 125,1	...
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	106,9	p 111,2	p 132,8	p 130,7	p 157,7	p 115,1	p 130,0	p 138,7	...
FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSGESTÄTTEN										
MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
Ankünfte	1 000	266	287	395	396	509	315	p 410	p 453	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	32	37	39	46	87	37	p 42	p 53	...
Übernachtungen	1 000	1 432	1 471	1 927	2 152	3 198	1 436	p 1 979	p 2 550	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	72	74	82	141	71	p 80	p 101	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 450	...	1 463	1 506	1 391
Güterversand	1 000 t	880	...	1 031	993	633
BINNENSCHIFFFAHRT										
Güterempfang	1 000 t	147	136	125	129	128	132	134	152	...
Güterversand	1 000 t	163	158	154	141	202	155	184	161	...
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾										
darunter										
Kraftträder	Anzahl	239	258	467	343	225	641	529
Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	9 044	8 970	9 167	9 852	8 347	10 398	10 626
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	437	467	497	551	476	524	562
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 426	1 399	1 607	1 705	1 658	1 343	1 700	p 1 665	p 1 575
Getötete Personen	Anzahl	31	29	31	33	27	36	26	p 15	p 37
Verletzte Personen	Anzahl	1 832	1 802	2 068	2 145	2 175	1 749	2 182	p 2 170	p 2 114

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1989			1990			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	77 967	80 020	78 633	79 259	79 320	80 935	80 952	81 284	80 814
darunter										
Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	76 574	78 780	77 274	77 841	77 909	79 516	79 527	79 827	79 345
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 933	9 784	9 185	9 522	9 375	10 300	10 326	10 693	10 300
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 742	9 336	8 978	9 265	9 176	9 917	9 924	10 422	9 993
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	191	448	207	257	199	383	402	271	307
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 225	4 157	3 967	4 057	4 039	4 237	4 251	4 298	4 236
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 525	3 636	3 453	3 532	3 511	3 683	3 665	3 662	3 644
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	701	521	514	525	528	554	586	636	592
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	63 416	64 839	64 121	64 261	64 495	64 979	64 951	64 836	64 809
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 593	46 165	47 233	47 356	47 561	48 441	48 603	48 619	48 754
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 832	16 674	16 887	16 905	16 934	16 538	16 348	16 217	16 054
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	57 188	60 676	57 262	57 033	57 762	60 548	60 737	60 612	61 417
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	36 452	40 596	37 200	37 041	37 918	41 331	41 671	41 608	42 548
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 834	32 511	29 530	29 599	30 348	33 298	33 529	33 705	34 522
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	7 618	8 086	7 670	7 441	7 570	8 034	8 143	7 903	8 026
Spareinlagen	Mill. DM	20 736	20 080	20 061	19 992	19 844	19 216	19 066	19 004	18 869
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 095	4 103	.	2 909	.	.	.	3 436	.
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	1 074	3 786	.	3 185	.	.	.	3 827	.
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	r 53	59	32	65	53	45	60	40	39
Vergleichsverfahren	Anzahl	r -	-	-	-	-	1	1	-	3
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	156	142	173	158	146	133	110	130	...
Wechselsumme	Mill. DM	1,1	1,0	1,5	1,0	0,9	0,7	0,9	2,2	...
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt	2.Vj.-89			2.Vj.90			
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 883,2	3 099,1	-	2 913,6	-	-	-	2 576,8	-
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 016,4	2 178,7	-	2 030,7	-	-	-	1 769,2	-
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 466,4	1 574,5	-	1 435,8	-	-	-	1 358,7	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,6	349,4	-	275,5	-	-	-	229,6	-
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	45,2	71,6	-	116,2	-	-	-	75,8	-
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	201,3	183,3	-	203,3	-	-	-	105,2	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	866,8	920,3	-	882,9	-	-	-	807,5	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	503,0	519,2	-	451,8	-	-	-	513,5	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	363,7	401,1	-	431,1	-	-	-	294,0	-
Bundessteuern	Mill. DM	130,5	142,6	-	114,8	-	-	-	47,1	-
Zölle	Mill. DM	0,1	- 0,0	-	0,0	-	-	-	-	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	115,0	122,8	-	102,7	-	-	-	34,1	-
Landessteuern	Mill. DM	192,9	212,2	-	219,9	-	-	-	215,5	-
Vermögenssteuer	Mill. DM	34,8	35,8	-	31,6	-	-	-	34,9	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	80,8	92,1	-	109,8	-	-	-	95,2	-
Biersteuer	Mill. DM	6,9	6,9	-	7,2	-	-	-	7,7	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	308,7	334,0	-	325,1	-	-	-	320,2	-
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,8	-	7,9	-	-	-	7,5	-
Grundsteuer B	Mill. DM	71,4	76,9	-	69,6	-	-	-	70,7	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	220,9	238,0	-	234,6	-	-	-	225,9	-
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 488,0	1 620,0	-	1 499,4	-	-	-	1 311,7	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,4	860,0	-	793,2	-	-	-	721,3	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563,4	598,2	-	573,9	-	-	-	524,9	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	-	17,5	-	-	-	18,4	-
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 638,5	1 734,2	-	1 590,5	-	-	-	1 519,9	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	945,7	998,8	-	950,7	-	-	-	781,6	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	482,2	503,9	-	402,3	-	-	-	504,3	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	-	17,5	-	-	-	18,4	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	557,7	611,2	-	576,3	-	-	-	576,4	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	185,5	199,4	-	199,6	-	-	-	189,1	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	284,4	315,8	-	286,2	-	-	-	293,1	-

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1988	1989	1989			1990				
			Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1985 = 100										
Einfuhrpreise	80,8	84,4	85,7	85,2	83,9	81,8	81,1	80,6
Ausfuhrpreise	99,3	102,1	102,6	102,6	102,4	102,1	102,1	102,2
Grundstoffpreise ⁶⁾ 1980 = 100	102,2	107,7	108,5	108,5	107,5	105,0	104,7
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	95,3	99,3	99,3	99,2	99,3	100,7	100,8	100,8
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	91,8	99,8	98,3	100,8	101,7	98,2	p 98,9	p 98,9
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	121,2	125,5	125,2	.	.	.	133,0	.	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	91,4	96,4	96,6	97,1	97,2	96,6	96,7	96,2
Einzelhandelspreise 1980 = 100	118,5	121,1	121,2	121,7	121,4	123,3	123,9	123,8	123,4	123,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	101,4	104,2	104,3	104,4	104,3	106,5	106,7	106,8	106,8	106,8
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100,3	102,6	102,9	103,2	102,9	105,9	106,3	106,2	105,9	105,9
Bekleidung, Schuhe	104,5	106,0	105,9	106,0	105,9	107,0	107,2	107,2	107,2	107,3
Wohnungsmieten	105,6	108,8	108,5	108,7	109,0	111,7	112,0	112,3	112,7	112,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	78,1	82,0	81,1	81,1	80,9	83,4	83,1	82,7	82,6	82,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	103,3	104,9	104,7	104,9	105,0	106,8	107,1	107,2	107,5	107,5
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	764	786	.	.	794	797
darunter Facharbeiter	798	827	.	.	835	834
weibliche Arbeiter	536	552	.	.	558	561
darunter Hilfsarbeiter	508	526	.	.	534	535
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	18,78	19,44	.	.	19,52	20,10
darunter Facharbeiter	19,71	20,49	.	.	20,58	21,15
weibliche Arbeiter	13,62	14,07	.	.	14,18	14,40
darunter Hilfsarbeiter	12,90	13,34	.	.	13,49	13,65
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,6	40,4	.	.	40,7	39,7
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,3	39,2	.	.	39,4	39,0
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 609	4 759	.	.	4 765	4 890
weiblich	3 159	3 285	.	.	3 295	3 371
Technische Angestellte										
männlich	4 699	4 849	.	.	4 864	4 964
weiblich	3 075	3 217	.	.	3 228	3 298
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 690	3 831	.	.	3 817	3 969
weiblich	2 529	2 634	.	.	2 609	2 745
Technische Angestellte										
männlich	3 648	3 772	.	.	3 855	3 773
weiblich	(2 578)	(2 653)	.	.	(2 624)	(2 627)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 986	4 126	.	.	4 111	4 259
weiblich	2 708	2 823	.	.	2 805	2 930
Technische Angestellte										
männlich	4 631	4 779	.	.	4 801	4 884
weiblich	3 064	3 205	.	.	3 216	3 285

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen; Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾						
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen	
												in 1 000
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492	
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518	
1987 ^{a)}	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511	
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505	
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²⁾				
	Schüler im September		in							in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- teren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
1985	144	14	62	73	2	10	37	32	21	63 993	2,5	55 218	0,2	94
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 584	5,6	56 805	2,9	95
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 484	2,8	57 313	0,9	94
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 670	4,6	59 053	3,0	93
1989	133	12	48	62	2	76 042	4,6	60 034	1,7	91

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾										
1985	1 592	526	1 743	2 995	549	2 944	2 600	4 853	2 240	178	776
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	490	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	1 342	141	753

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷⁾
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 650	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 857	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	354	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40

1) Ergebnis der Volkszählung

2) ab 1987 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 12. 1989			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1989			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1990 (vorläufige Zahlen)		
	Insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	86 592	+ 0,2	+ 0,9	- 7	162	155	37	2	43
KIEL	243 579	+ 0,2	+ 1,2	- 57	639	582	114	-	141
LÜBECK	212 932	+ 0,1	+ 1,1	- 115	404	289	121	2	157
NEUMÜNSTER	80 294	+ 0,3	+ 0,9	- 6	210	204	39	-	45
Dithmarschen	127 966	+ 0,2	+ 0,8	- 72	286	214	76	7	90
Hzgt. Lauenburg	156 860	+ 0,2	+ 1,6	- 86	394	308	110	-	157
Nordfriesland	151 027	+ 0,2	+ 1,1	- 10	258	248	122	2	170
Ostholstein	186 915	+ 0,3	+ 1,6	- 60	600	540	169	5	232
Pinneberg	265 675	+ 0,2	+ 1,2	- 104	525	421	134	3	177
Plön	118 011	+ 0,2	+ 1,3	- 49	319	270	82	2	103
Rendsburg-Eckernförde	244 714	+ 0,2	+ 0,7	- 49	433	384	162	6	232
Schleswig-Flensburg	178 617	+ 0,2	+ 1,2	- 38	386	348	98	4	135
Segeberg	217 676	+ 0,2	- 1,5	- 37	474	437	143	2	198
Steinburg	127 066	+ 0,3	+ 1,0	- 56	418	362	70	1	93
Stormarn	196 692	+ 0,2	+ 1,2	- 109	436	327	98	1	141
Schleswig-Holstein	2 594 606	+ 0,2	+ 1,2	- 855	5 944	5 089	1 575	37	2 114

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 1. 1990		
	Betriebe am 31. 7. 1990	Beschäftigte am 31. 7. 1990	Umsatz ⁴⁾ im Juli 1990 Mill. DM	Insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	Je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLENSBURG	67	9 034	169	39 336	35 283	408
KIEL	129	22 712	312	110 601	99 194	407
LÜBECK	139	21 038	371	93 549	83 861	394
NEUMÜNSTER	74	10 635	117	40 016	35 595	443
Dithmarschen	69	7 158	299	75 339	61 452	480
Hzgt. Lauenburg	106	8 917	133	89 752	77 960	497
Nordfriesland	60	3 426	94	90 703	74 379	492
Ostholstein	81	6 568	148	103 170	89 120	477
Pinneberg	194	21 504	501	147 943	129 765	488
Plön	45	2 789	47	67 538	57 340	486
Rendsburg-Eckernförde	124	10 440	175	142 140	120 045	491
Schleswig-Flensburg	80	5 333	141	105 899	86 698	485
Segeberg	191	19 614	460	140 203	120 979	556
Steinburg	82	9 262	213	74 027	61 397	483
Stormarn	169	19 322	429	118 148	104 354	531
Schleswig-Holstein	1 610	177 752	3 608	1 438 364	1 237 412	477

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1989 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 31. 12. 1989

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1989		Arbeitsmarkt				*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 7. 1990	Kurzarbeiter Monatsmitte Juli 1990	offene Stellen am 31.7. 1990	Schweine insgesamt am 3. 4. 1990	Rindvieh am 3. 12. 1989	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe einschl. Zugkühe
Schleswig-Holstein	2 578,5	+ 0,9	+ 0,6	89,4	1,0	10,2	1 463	1 481	481
Hamburg	1 614,0	+ 1,3	+ 0,9	75,0	0,6	9,3	5	11	2
Niedersachsen	7 237,7	+ 1,1	+ 0,8	272,9	2,6	27,4	6 945	3 244	990
Bremen	670,9	+ 1,6	+ 1,5	39,8	0,6	3,6	7	16	4
Nordrhein-Westfalen	16 995,7	+ 1,7	+ 0,9	635,1	6,0	69,7	5 970	1 944	551
Hessen	5 620,8	+ 2,1	+ 1,1	135,5	1,0	25,3	1 040	722	242
Rheinland-Pfalz	3 681,9	+ 1,4	+ 0,9	92,5	4,8	14,9	533	552	192
Baden-Württemberg	9 545,0	+ 2,8	+ 1,5	178,7	7,1	82,3	2 257	1 625	600
Bayern	11 152,9	+ 2,3	+ 1,2	220,0	5,3	75,2	3 781	4 891	1 844
Saarland	1 058,8	+ 0,3	+ 0,5	39,2	0,2	4,3	36	68	22
Berlin (West)	2 103,5	+ 4,5	+ 2,2	85,6	1,1	9,4	3	1	0
Bundesgebiet	62 259,7	+ 1,9	+ 1,1	1 863,7	30,2	331,7	22 040	14 563	4 929

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im April 1990	
	Beschäftigte am 31. 5. 1990 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Mai 1990		Beschäftigte am 30. 4. 1990 in 1 000	zum Bau genehmigte Wohnungen je 10 000 Einwohner 4)	Anzahl	je 10 000 Einwohner 4)
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %				
Schleswig-Holstein	175	3 550	22	40	15	1 031	4,0
Hamburg	134	7 290	16	21	13	303	1,9
Niedersachsen	669	16 252	34	108	15	4 266	5,9
Bremen	81	2 634	36	10	15	244	3,6
Nordrhein-Westfalen	2 011	41 974	30	232	14	6 328	3,7
Hessen	651	12 132	31	88	16	2 224	4,0
Rheinland-Pfalz	382	8 782	38	59	16	1 936	5,3
Baden-Württemberg	1 512	27 809	32	168	18	7 841	8,2
Bayern	1 433	26 157	33	232	21	7 962	7,1
Saarland	139	2 611	34	17	16	485	4,6
Berlin (West)	169	4 338	12	34	16	683	3,2
Bundesgebiet	7 357	153 529	31	1 009	16	33 303	5,3

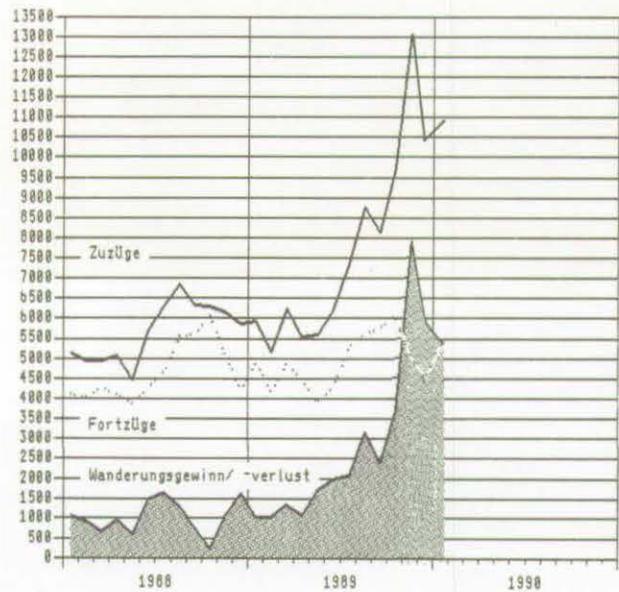
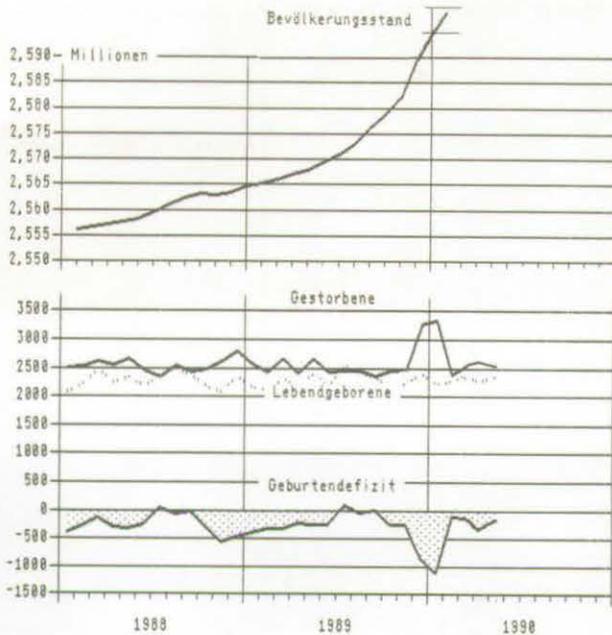
Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 1. 1990			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Mai 1990				Bestand an Spar- einlagen 3) am 28. 2. 1990 in DM je Einw. 9)	Steuereinnahmen				
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden		
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)					im 1. Vierteljahr 1990					
								in DM je Einwohner ⁹⁾					
Schleswig-Holstein	1 438	1 237	480	1 700	26	2 182	130	7 636	645	558	...		
Hamburg	738	666	412	1 026	10	1 321	130	10 372	827	3 317	...		
Niedersachsen	4 084	3 489	482	4 179	105	5 283	129	9 133	642	545	...		
Bremen	308	278	414	368	1	429	117	10 580	737	1 275	...		
Nordrhein-Westfalen	8 962	7 999	471	8 174	140	10 377	129	9 847	738	1 222	...		
Hessen	3 352	2 915	519	3 041	71	3 908	131	11 537	808	999	...		
Rheinland-Pfalz	2 203	1 864	506	2 060	49	2 712	134	10 729	685	628	...		
Baden-Württemberg	5 700	4 841	507	4 798	105	6 378	135	11 991	820	939	...		
Bayern	6 789	5 553	498	6 155	181	8 030	134	12 226	716	778	...		
Saarland	606	539	509	578	6	731	128	9 787	636	666	...		
Berlin (West)	822	719	342	1 377	12	1 642	120	9 119	558	1 275	...		
Bundesgebiet	35 001	30 100	483	33 831	722	43 465	131	10 627	729	1 010	...		

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; in den Ergebnissen sind erstmals die durch die Arbeitsstättenzählung 1987 neu aufgefundenen Erhebungseinheiten vollständig mitenthalten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Endgültige Werte 4) Bevölkerungsstand am 30. 9. 1989
 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn
 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen
 9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1989

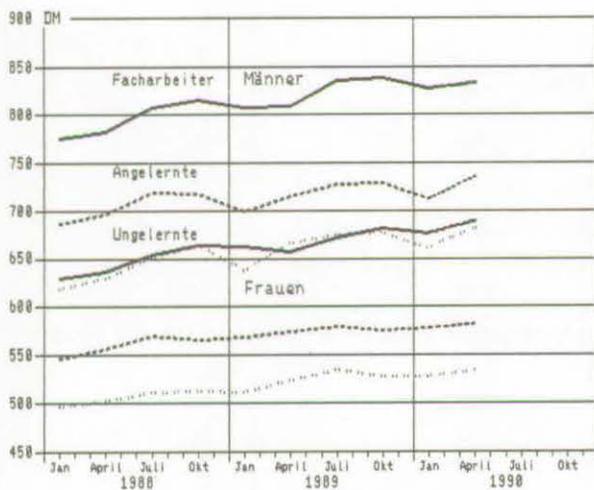
Entwicklung im Bild

D 5867-A Stat. LA S-H

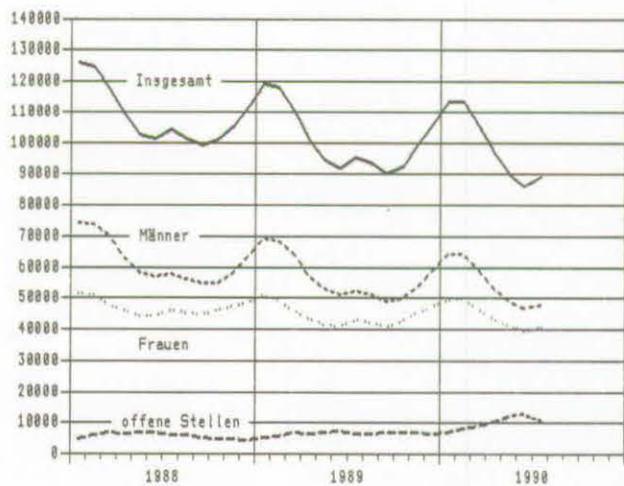
Bevölkerungsstand und -veränderung



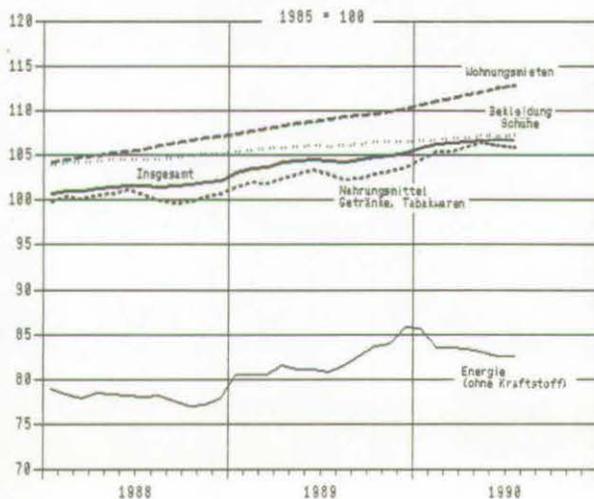
Bruttowochenverdienste



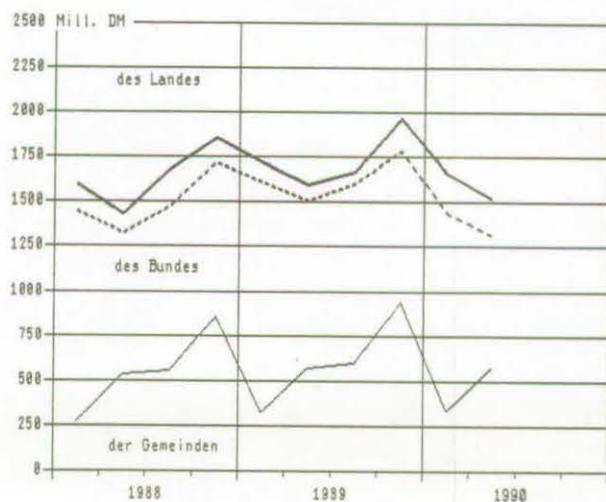
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 689 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -